

# Posener Zeitung.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1 1/2 Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24 1/2 Sgr. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an. Inserate (1 1/2 Sgr. für die viergespaltene Zeile oder deren Raum; Kellamen verhältnismäßig höher) sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

## Amtliches.

Berlin, 5. Febr. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem Oberst-Lieutenant a. D. und Kreisdeputirten Grafen von Schmettow auf Brauchitschdorf, im Kreise Lüben, den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife, dem Grafen Friedrich zu Stolberg-Wernigerode auf Peterswaldbau, im Kreise Reichenbach, den Rothen Adler-Orden dritter Klasse, dem Postdirektor a. D. Wuse zu Sanderode, im Kreise Uckermark, den Rothen Adler-Orden vierter Klasse, so wie dem Steueramtsassistenten a. D. Wagner zu Mersburg und dem Glöckner Heinrich zu Rastow, im Kreise Boms, das Allgemeine Ehrenzeichen; ferner dem praktischen Arzte Dr. G. W. Zochner zu Breslau den Charakter als Sanitätsrath; und dem Premier-Lieutenant a. D. und Garnison-Verwaltungs-Ober-Inspektor Weigelt zu Berlin, bei seiner Versetzung in den Ruhestand, den Charakter als Rechnungsrath zu verleihen.

Die Frau Landgräfin Alexis von Hessen-Philippsthal zu Barchfeld, Prinzessin von Preußen, ist am 2. d. von Weimar wieder hier eingetroffen.

Angelommen: Der Fürst von Pless, von Pless; Se. Ezz. der Wirkliche Geheime Rath und Oberpräsident der Provinz Schlesien, Freiherr von Schleinitz, von Breslau; Se. Ezz. der Wirkliche Geheime Rath, Kammerherr und Regierungspräsident in den hochzollernschen Landen, von Sadow, von Sigmaringen; Se. Ezz. der General der Infanterie und kommandirende General des 1. Armeekorps, von Werder, von Königsberg i. Pr.; der außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister am Großherzogth. badenschen Hofe, Kammerherr von Savigny, von Karlsruhe; der General-Major, General à la suite Sr. Majestät des Königs und Kommandeur der 13. Kavallerie-Brigade, von Rudolph, von Münster; der General-Major und Kommandant von Königsberg i. Pr., Freiherr von Budenbrock, von Königsberg i. Pr.

## Telegraphische Depeschen der Posener Zeitung.

Paris, 3. Februar. Heute finden Revue und Kour in den Tuileries statt, denen Ihre Königl. Hoh. die Prinzen Albrecht, Friedrich Karl und Adalbert beiwohnen.

Antwerpen, Mittwoch, 3. Februar, Nachmittags. Ihre Königl. Hoh. der Prinz und die Frau Prinzessin Friedrich Wilhelm von Preußen sind so eben 4 Uhr Nachmittags im besten Wohlsein gelandet. Höchst dieselben wurden vom Könige empfangen und sofort nach Brüssel geleitet.

Brüssel, Mittwoch, 3. Februar, Abends. Ihre Königl. Hoh. der Prinz und die Frau Prinzessin Friedrich Wilhelm von Preußen sind so eben 6 Uhr Abends in Begleitung des Königs, des Herzogs von Brabant und des Grafen von Flandern von Antwerpen hier eingetroffen. Höchst dieselben wurden Seitens der Civil- und Militärbehörden, so wie der Truppen feierlichst empfangen und von der Bevölkerung freudigst begrüßt. Abends werden die hohen Gäste dem ihnen zu Ehren veranstalteten Hofballe beiwohnen.

(Eingeg. 4. Februar, 4 Uhr Nachmittags.)

London, Donnerstag, 4. Februar, Morgens. Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Lord Clarendon, theilt mit, daß Seitens der französischen Konsuln in Zukunft Pässe nur an Franzosen ertheilt werden würden. Engländer und naturalisirte Engländer werden ohne Schwierigkeiten englische Pässe erhalten. — Gestern hatte der bisherige russische Gesandte, Graf Chreptowicz, seine Abschiedsaudienz.

Brüssel, Donnerstag, 4. Februar, Morgens 8 Uhr 15 Minuten. Gestern fand zu Ehren der hohen Gäste im königl. Palaste ein Bankett statt. Um 9 Uhr Abends war großer Ball, zu welchem das diplomatische Korps, das Gefolge der hohen Neuvermählten, die hohen Würdenträger und 1200 Personen Einladungen erhalten hatten. Der Ball währte bis gegen 1 Uhr. I. R. Hoh. die Frau Prinzessin Friedrich Wilhelm von Preußen war der Gegenstand allgemeiner Bewunderung. So eben begiebt sich das hohe fürstliche Paar zur Weiterreise nach Preußen nach dem Bahnhofe.

Kopenhagen, Mittwoch, 3. Februar, Abends. Der Reichsrath hat den Antrag der Sechs: „Der König möge in Berücksichtigung der in der Thronrede angedeuteten Verfassungsverhältnisse die Verhandlungen gegenwärtiger Session auf die Aufrechthaltung des Staatshaushaltes und zur Fortführung der laufenden Administrationsfachen nothwendigen beschränken“, nach zweitägigen Debatten mit 41 gegen 6 Stimmen verworfen. Der Konseilspräsident hatte erklärt, daß der Reichsrath durch die Annahme dieses Antrages einen Selbstmord begehen würde, und daß Dänemarks Stellung keine isolirte sei. — Der König ist noch unwohl.

(Eingeg. 4. Februar, 7 Uhr Abends.)

Aachen, Donnerstag, 4. Februar Mittags 1 Uhr. Die belgischen Prinzen haben Ihre Königl. Hoheiten den Prinzen und die Frau Prinzessin Friedrich Wilhelm bis Berviers begleitet. An der preussischen Grenze in Herbesthal wurden die hohen Neuvermählten auf dem festlich geschmückten Bahnhofe im Namen Sr. Majestät des Königs durch den Oberst-Truchseß Grafen v. Redern begrüßt. Der Oberpräsident der Rheinprovinz und der englische Gesandte Lord Bloomfield begrüßten hier gleichfalls das hohe Paar. Es fand alsdann eine Vorstellung der Kreisbehörden statt. Weißgekleidete Jungfrauen aus Eupen überreichten Kränze und Gedichte. Um 1 Uhr Mittags fährt so eben unter endlosem Jubelruf einer zahllosen Volksmenge Prinz und Prinzessin Friedrich Wilhelm durch die festlich geschmückten Straßen der alten Kaiserstadt. Gegen 12 1/2 Uhr war der Konvoi auf dem Bahnhofe eingetroffen, woselbst sämtliche Honoratioren der Rheinprovinz zur Begrüßung sich eingefunden hatten. Es fand nur eine Vorstellung im Allgemeinen statt und währte der Aufenthalt auf der Station kaum eine Viertelstunde.

Petersburg, Donnerstag, 4. Februar, Nachmittags. Aus dem Kaukasus eingegangene Berichte melden, daß vom 7. bis 14. Dezember v. J. heftige Kämpfe mit den Bergvölkern stattgefunden haben, in Folge deren Schamyl die Unterwerfung der ganzen Bevölkerung der großen Tschetschna (?) habe zugeben müssen.

(Eingeg. 5. Febr., 9 Uhr Vormittags.)

## Deutschland.

Preußen. AD Berlin, 4. Febr. [Folgen des Attentats in Paris; vom Landtage; Rübenzuckersteuer.] Seit dem gegen das Leben des Kaisers Napoleon gerichteten Attentat hat sich der allgemeine politische Horizont etwas verdüstert. Das napoleonische Regiment macht große Anstrengungen, um sich durch Bürgschaften im Innern und im Auslande zu befestigen; aber die Anstrengungen treten so gewaltsam auf, daß der Erfolg leicht gefährdet werden dürfte. So scheint die englische Regierung bereit, den französischen Forderungen in Betreff strengerer Maßregeln gegen komplotirende Flüchtlinge irgend eine Genugthuung zu geben, aber es ist sehr fraglich, ob das britische Zugeständniß den Tuileriehof befriedigen wird. Ueberdies nähert der herausfordernde Ton einiger militärischen Adressen, welche der „Moniteur“ veröffentlicht hat, die Spannung zwischen beiden Ländern. In Paris trägt man sich mit dem Gerüchte, der englische Botschafter habe über die feindseligen Kundgebungen der französischen Militärs Klage geführt und sei von der erhaltenen Antwort sehr wenig befriedigt gewesen. Einige Alarmisten gehen sogar so weit, einen bevorstehenden Bruch zwischen den beiden Westmächten zu wittern und die Vorbereitung kriegerischer Maßregeln von Seiten Englands anzukündigen. Alle Gerüchte der Art sind jedenfalls übertrieben. Beide Mächte sind zu vorsichtig und durch ihre Interessen zu sehr an einander gekettet, als daß sie nicht durch rechtzeitiges Einlenken ein ernsteres Zerwürfniß verhüten sollten. Aber es gehört offenbar zu den Nachwirkungen des Attentats, daß die schon mannichfach erschütterten Freundschaftsbeziehungen zwischen Frankreich und England noch etwas lockerer geworden sind. — Die gestrige Sitzung des Abgeordnetenhauses hat trotz der peinlichen Erörterungen über die den Landtagsmitgliedern angebotenen Tribünenplätze doch vor Allem einen freundigen Eindruck zurückgelassen, weil die mitgetheilte Antwort Sr. Maj. des Königs auf die an ihn gerichtete Adresse, von dem Monarchen eigenhändig unterzeichnet, aller Welt den Beweis gab, daß die Genesung des Monarchen weitere Fortschritte gemacht habe. Morgen wird das Herrenhaus eine ähnliche Mittheilung von Allerhöchster Seite empfangen und dann eine geheime Sitzung halten. Möglicherweise wird dieselbe auch der Berathung über eine Betheiligung bei dem Empfange des neuvermählten hohen Paares gewidmet sein. Es gilt übrigens für sehr wahrscheinlich, daß die Landesvertretung den Ausdruck ihrer freudigen Theilnahme an dem festlichen Ereignisse in einer Adresse niederlegen wird. — Es ist jetzt Aussicht vorhanden, daß die lange schwebende Angelegenheit wegen einer Erhöhung des Rübenzuckerzolles zum Abschlusse gelangen wird. Die von Seiten Hannovers erhobenen Schwierigkeiten scheinen beseitigt zu sein und die bevorstehende Zollvereinskongress dürfte endlich die vorgeschlagene Erhöhung der Steuer von 6 Sgr. auf 7 1/2 Sgr. von dem Central-Rüben einstimmig zum Beschluß erheben.

(Berlin, 4. Febr. [Vom Hofe; Ankunft hoher Gäste; die Landtagsabgeordneten etc.] Ihre Majestät besuchten heute Mittag unsere Stadt und nahmen ihren Weg vorzugsweise durch die Straßen, in welchen die Vorbereitungen zur Illumination entweder schon beendet, oder doch ihrer Vollenbung nahe sind und begaben sich darauf wieder nach Charlottenburg zurück. Gestern Mittag kam die Königin von Charlottenburg nach Berlin, machte der Prinzessin Karl ihre Gratulationsvisite und fuhr darauf nach Schloß Bellevue, wo sie mit dem Könige zusammentraf. Der Prinz und die Prinzessin Karl, welche Abends in der Oper waren, fuhrten nach dem Schluß der Vorstellung zum Thee

nach Charlottenburg. Der Prinz von Preußen arbeitete heute Vormittag mit dem Kriegsminister, dem Generallex. Neumann und dem Obersten v. Mantuffel; zuvor hatte derselbe mehrere höhere Militärs empfangen. Mittags begab sich auch der Ministerpräsident zum Vortrag ins Palais. Um 4 Uhr machte der Prinz allein eine Spazierfahrt durch die Straßen der Stadt und wurde überall, wo er sich zeigte, von dem Publikum herzlich und ehrfurchtsvoll begrüßt. Die Frau Prinzessin trifft morgen Abend hier ein. Wie heute gemeldet worden ist, will die hohe Frau in Frankfurt übernachten und den Rückweg über Weimar nehmen. Man vermuthet, daß die Weimarschen Herrschaften sich ihrer Begleitung von dort aus anschließen werden. Im Hôtel des Princes sind für die hohen Gäste schon Zimmer bestellt. Schon in den nächsten Tagen wollen die Mecklenburger Herrschaften an unsern Hof kommen und werden schon für sie Zimmer im Schlosse bereit gehalten. Auch der Fürst und die Fürstin von Hohenzollern-Sigmaringen werden mit der Prinzessin Stephanie darin Wohnung nehmen. Kehrt das fürstliche Paar nach Düsseldorf zurück, so bleibt die Prinzessin Tochter hier zurück und wird während der Dauer ihres Besuchs im Palais des Prinzen von Preußen wohnen. Der Großherzog und die Großherzogin von Baden wollen nach beendigten Festlichkeiten an unsern Hof kommen, und werden dann die bisherigen Zimmer des Prinzen Friedrich Wilhelm im Palais des Prinzen von Preußen bewohnen. Bei dem Kriegsminister Grafen v. Waldersee war heute ein großes Diner. Von den Mitgliedern des Hauses der Abgeordneten sollen sich nur wenige unter den Gästen befunden haben. — Die gestrige Sitzung der Abgeordneten ist mit einzelnen Ausnahmen durch die gestrige Verhandlung über die Tribünenangelegenheit noch gesteigert worden, und es scheint nicht, daß diese Frage schon völlig erledigt ist. Von vielen Seiten wird gewünscht, daß der Präsident, Graf zu Eulenburg, nochmals eine Sitzung anberaume und in dieser die Frage über die Beteiligungen an den Festlichkeiten zum Austrag bringe. Die Tribünenfrage dürfte nicht mehr Gegenstand der Erörterung sein, denn so viel mir bekannt, zeigt sich wenig Lust, von dieser Offerte Gebrauch zu machen; es handelt sich jetzt nur noch darum, ob der Landtag bei der Einholung vertreten sein soll oder nicht. Die Frage, ob die Stadt oder die Regierung dem Landtage bei dieser Feierlichkeit mehr Aufmerksamkeit hätte erweisen können, wird natürlich mit großer Lebhaftigkeit in den Abgeordnetekreisen verhandelt. — Meinem gestrigen Bericht über die Plenarsitzung im Abgeordnetenhause habe ich noch nachzutragen, daß die Wahl des Abg. Göbel zu Ostrowo beanstandet worden ist. Die Gültigkeit wurde von der Linken bekämpft, und da auch von der rechten Seite dieser Ansicht zugestimmt wurde, so drang der Abg. v. Bentfowels mit seinem Antrage auf Beanstandung durch. — Die von den Veteranen gestern veranstalteten Festlichkeiten bei Mäder und im englischen Hause verliefen in der gewöhnlichen Weise. Der Verein der freiwilligen Kämpfer von 1813—15, der bei Mäder sein Festmahl abhielt, erschien in diesem Jahre stark gelichtet; es fehlten 15 Mitglieder.

7 Berlin, 4. Februar. [Zur Tagesgeschichte; Konsulatsverhältnisse; Traktat mit Persien.] Die Vorbereitungen zur Einholung des hohen neuvermählten Paares wurden am Opernplatz, im Lustgarten und auf anderen öffentlichen Plätzen vorgesetzt, auch nach dem Eintritt einer sehr stürmischen Witterung, die einen zweiten starken Schneefall mit sich führte, ununterbrochen fortgesetzt. Im Gange aber verlegnet dieser Winter auch noch bis jetzt nicht seinen, gegen andere Jahre sehr milden Charakter und es dürfte auch in der zweiten Hälfte desselben kaum noch anhaltende strenge Kälte eintreten. Als ein sicheres Zeichen für diese Behauptung will man den Umstand ansehen, daß viele Seen und Ströme der Uckermark und des benachbarten Mecklenburg nach wie vor mit großen Schaaren von wilden Gänsen besetzt sind, die es in diesem Winter nicht für nöthig erachtet haben, ihren Zug in die südlichen Länder fortzusetzen und mit großer Beharrlichkeit die Plätze behaupten, auf denen sie sonst nur eine kurze Rast zu halten pflegen. Auch in der Umgegend von Berlin sah man große Züge dieser Vögel, die ihren Flug, nicht wie sonst, nach dem Süden, sondern gegen Westen nahmen und nach kurzer Zeit in langen Reihen wieder den Rückweg in nördlicher Richtung antraten. Auch auf unseren Wärdern zeigt sich, daß in Folge der offenen oder nur mit einer leichten Decke überzogenen Gewässer die oft sehr langen Wagenreihen, welche die Hauptstadt mit sogenannten Eißfischen um diese Zeit sonst reichlich versorgen, fast ganz ausbleiben. Dieser Verlust wird nur theilweise durch die großen Transporte von Eessischen erlegt, welche durch die Eisenbahnen von Hamburg, Stettin u. s. w. hierherkommen und zu niedrigeren Preisen, als die Fische der Damen der Halle, verkauft werden. Im Holz- und Torfhandel ist der Vortheil des geringeren Bedarfs an Brennmaterial durch die geringe Kälte wieder wie gewöhnlich, durch arbiträre Bestrebungen für die unbemittelte Klasse verloren gegangen, denn die Holz-, Torf- und Kohlenpreise erhalten sich auf dem hohen Standpunkte, wie in einem durch strenge und anhaltende Kälte ausgezeichneten Winter. — Wie man von Tage zu Tage den definitiven Bestimmungen in Beziehung auf die Wiederbesetzung der verschiedenen in Erledigung gekommenen Gesandtenposten entgegen sieht, so hat man jetzt auch die Ernennung mehrerer Konsuln zu erwarten. Von den 250 Generalkonsuln, Konsuln, Vizekonsuln und Konsularagenten, die Preußen in fremden Handels- und Hafenstädten unterhält, ist nur ein kleiner Theil besetzt; mit dem bei Weitem größeren Theil wird es wie in anderen Staaten gehalten, wo die Konsulatsposten als Ehrenstellen angesehenen, in den betreffenden Plätzen anständigen Kaufleuten entweder ganz ohne Gehalt oder gegen eine geringe Vergütung der Verwaltungskosten verliehen werden. Mehrere Generalkonsuln unserer Regierung stehen aber in angemessener Befolgung nach Maßgabe der größeren oder geringeren Ausdehnung ihres Wirkungskreises, wie die in London, Madrid, Warschau, Bukarest etc., so wie in vielen überseeischen Staaten, nicht minder der erst vor zwei Jahren für Serbien freite Konsul Meroni, und der Generalkonsul Spiegelthal in Smyrna. Mehrere dieser Herren sind zugleich politische Agenten. Wie man erfährt, ist ein jetzt beim Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten beschäftigter, noch ziemlich jugendlicher Beamter, da in Folge des mit der persischen Regierung abgeschlossenen Traktats drei Konsulate zu gründen sind, als politischer Agent und Generalkonsul für Tebris befragt; dieser Posten dürfte in den gegenwärtigen Beziehungen des persischen Reiches zu England und Rußland und andererseits dieser Mächte zu Preußen in politischer wie in kommerzieller Hinsicht wichtig werden. Die politische Wichtigkeit bedarf nicht einer näheren Bezeichnung, die kommerzielle



aber liegt in dem Umfange, daß Tebris die Eingangspforte aus dem Westen ins persische Reich und der große reiche Stapelplatz des persisch-russischen und persisch-türkischen Handels ist und somit zur Anknüpfung der bis jetzt noch mangelnden direkten kommerziellen Verbindung zwischen Preußen und dem großen einflußreichen Persien vorzugsweise geeignet erscheint. Wenn auch die heutige politische Bedeutung nur ein Schatten der früheren Macht ist, so sind doch die reichen üppigen Banischschaften mit ihren oft belungenen Hofgärten noch vorhanden, deren Verödung des Austausches der Natur- und Kunstprodukte bedarf. Das Reich des Cyrus sucht sich wieder zu erheben. In manchen Beziehungen, in Färberei, Weberei und Stickerie nimmt auch seine Industrie zu und in gleichem Maße vermehren sich auch seine Bedürfnisse. Daher hofft man mit Recht, Vortheile für unsere Fabrikdistrikte zu gewinnen; aber die Perser sind, wie Hadschi Baba von Isfahan es unverbolen ausgesprochen, ein gar listiges, lügenreiches und zum Betrug geneigtes Volk, dem man sich nur sehr vorsichtig und stets in fester Haltung nähern darf.

[Zur Bundesreformfrage.] Die „Zeit“ schreibt: Die Wiener lithographirte Zeitungs-Korrespondenz vom 26. v. M. überläßt uns mit der Mitteilung, daß die böhmisch-lauenburgische Angelegenheit auf den Antrag von Mecklenburg und Lippe-Deimold nochmals an den Ausschuss zurückverwiesen und dadurch in suspensio gelassen sei. Diese Nachricht ist so vollständig aus der Luft gegriffen, daß sie kaum der Widerlegung bedarf; sie gewinnt jedoch durch die Nuzanwendung, welche die Wiener Korrespondenz aus der von ihr fingirten Thatsache zieht, ein allgemeines Interesse. Wenn nämlich die Erlebigung von Fragen, so heißt es dort wörtlich, „von allgemeinem deutschen Interesse durch die einseitigen Beschlüsse der Kleinstaaten aufgegeben oder gar gehindert werden kann, so muß es jedem Unbefangenen einleuchten, daß wir einen bedenklichen Fehler in der Organisation unserer Bundesverfassung zu beklagen haben. Es ist schon wiederholt von Seiten Deutschlands, namentlich durch seine halboffizielle Presse, darauf hingedeutet worden, daß die deutsche Bundesverfassung, die sich weder im Jahre 1848, noch bei dem Ausbruche des orientalischen Krieges als zweckentsprechend bewährt habe, in einer Weise umgestaltet werden müsse, die es den Kleinstaaten nicht ferner gestatte, den zum allgemeinen Besten gefaßten Entschlüssen Gesellen anzulegen und ihnen in den wichtigsten Momenten des staatlichen deutschen Lebens die Hände zu binden. Der vorliegende beklagenswerthe Fall ist recht eigentlich dazu angethan, jene Aeußerungen zu bewahrheiten und die Nothwendigkeit einer schleunigen und gründlichen Bundesreformorganisation jedem Deutschen vor das Auge zu führen. Eine angemessene Beschränkung des kleinstaatlichen Veto kann nur zur Kräftigung des Ganzen beitragen; und wir wollen hoffen, daß nicht wieder partikuläristische Machtheitsucht einer dem Gesamtwaterlande so heilsamen Entscheidung in diesem Sinne hinderlich in den Weg trete.“ Man sieht, die Wiener Korrespondenz ist nicht blöde. Die von ihr verlangte Bundesreform lautet einfach: Mediatisirung der Regierungen der Kleinstaaten. Den Kampf, welchen die „Postzeitung“ auf dem Gebiet der deutschen Verkehrs-Gesetzgebung gegen die Rechte der deutschen Bundesvertretungen unternommen, denselben Kampf eröffnet auf dem politischen Gebiet die „Wiener Korrespondenz“ gegen die Regierungen. Den Angriffen der Staatsmänner an der Donau und am Main liegt dasselbe Programm zu Grunde: die Omnipotenz der Bundesversammlung. Nur geht die Wiener Korrespondenz noch einen Schritt weiter: Sie opfert das Prinzip der Einstimmigkeit und etabliert die Absolutie der Majorität. Für jetzt zwar handelt es sich nur um die Kassation des Stimmrechts der Kleinstaaten; es ist aber klar, daß die Konsequenzen dieses Weges notwendig zur Mediatisirung der Mittelstaaten und selbst Preußens führen müssen, wenn diese den Interessen Deutschlands, wie z. B. in der orientalischen Frage gesehen, in der Bundesversammlung entgegenstehen. Auf diese Weise würde der deutsche Bund aus einem völkerrechtlichen Verein selbständiger Staaten zu einer ökonomischen Centralbehörde über Deutschland herabgedrückt. Es mag sein, daß man an der Donau dieses Ziel der vorgeschlagenen Bundesreformorganisation als heilsam und wünschenswerth für Deutschland betrachtet; ob man aber in Deutschland selbst dieser Ansicht ist, bleibt zweifelhaft. Nothwendig aber erscheint es uns, die praktischen Resultate der Reformpläne ökonomischer Organe zu konstatiren und offen zu legen. Aus diesem Grunde weisen wir darauf hin, daß fast gleichzeitig mit jener Wiener lithographirten Korrespondenz die „Allgemeine Augsburger Zeitung“ vom 29. v. M. einen ausführlichen bundesrechtlichen Artikel über die Wechselordnung und das deutsche Handelsrecht bringt, in welchem, der Auffassung der „Postzeitung“ völlig entsprechend, verlangt wird, daß beiden Verfassungen der „bundesrechtliche Charakter verliehen“ und sie beide unter den Schutz der Bundesversammlung gestellt werden sollen. Den Prinzipienkampf, welchen die „Postzeitung“ vom 29. über die von ihr angeregte Frage für jetzt nicht weiter fortführen will, nimmt an demselben Tage die „Allg. Augsb. Ztg.“ wieder auf. Doch wir iren uns; bereits am 30. sieht sich die „Postzeitung“ genöthigt, ihre am Tage vorher eingestellte Polemik mit einem retrogirten Wiener Artikel aufzunehmen. In dieser Prebordonanz von der Donau, welche die „geschätzte“ Redaktion noch mit einigen schmeichelfastigen Worten „einer Sträflichkeit der öffentlichen Verdrehung“ verbrämt, finden sich zwar neue zur Widerlegung geeignete Gedanken nicht vor, interessant ist aber der Plomb, mit welchem die fünfjährige Wiener Autorität, wie der Blinde von der Farbe, über die Rechte der Bundesräthe, die in Preußen gar nicht bestehen, perorirt.

Diese Korrespondenz dokumentirt zur Genüge, von wo das mot d'ordre in dieser Polemik kömmt, und wir halten es unter diesen Umständen um so mehr für eine Aufgabe und für eine Pflicht der deutschen Presse, auch ihrerseits in diesen Prinzipienkampf, welcher an der Donau, am Reich und am Main für das gemeinsame Programm der Omnipotenz des Bundes begonnen worden ist, einzutreten, um die öffentliche Meinung zu einem klaren und bestimmten Ausdruck über die vorgeschlagenen Reformpläne auf dem politischen und Verkehrsgebiete zu bringen. Beide Richtungen, das ergiebt sich deutlich, gehen Hand in Hand, und die politische Reform der Wiener Korrespondenz bildet nur die Ergänzung zu der materiellen der „Postzeitung“ und der „Augsburger Allgemeinen“.

[Denkschrift zum persischen Handelsvertrage.] Die Denkschrift, welche den am 25. Juni v. J. zu Paris durch den Grafen Hatzfeldt und Sr. Cz. Gerold Khan Eminoli Wolf, Zerstörer der Größe, Geliebter des Königs, Großbotschafter des persischen Reichs, Inhaber des k. Bildnisses, des blauen Bandes und des Diamantgürtels u. s. w. abgeschlossenen Freundschafts- und Handelsvertrages zwischen Preußen und den übrigen Staaten des Zollvereins einerseits und Persien andererseits, bei der Vorlage dieses Vertrages an das preussische Abgeordnetenhaus begleitet, äußert sich in Folgendem über Anlaß und Inhalt: Unter den mittelasiatischen Staaten ist es vornehmlich Persien, welches die Aufmerksamkeit der europäischen Handelspolitik in neuerer Zeit auf sich gezogen hat. Die geographische Lage des Landes und die Ausdehnung seines Gebiets weisen deutlich auf seine Aufgabe hin, ein Mittelglied zwischen Europa und den europäischen Besitzungen in Asien zu sein; es sind damit naturgemäß die Wege angedeutet, auf denen die Verkehrsverbindungen sich entwickeln. Die hauptsächlichsten Ausfuhrartikel sind Landesprodukte: Baumwolle, Farbensaaren, Metalle, Opium, Reis und ganz besonders Seide, welche sich in verschiedene Qualitäten theilt, die je nach den Sorten, theils nach Frankreich, Italien und der Schweiz, theils nach dem Zollverein, Desterreich und England gehen. Unter den zur Ausfuhr gelangenden Fabrikaten sind namentlich Schawls, Teppiche und kurze Waaren aus Leder, Holzschmitt, Papier und Wollarbeit zu erwähnen. Was die Einfuhrartikel anlangt, so ist im Allgemeinen zu bemerken, daß die Mehrzahl derselben solche sind, welche überhaupt nach dem Orient zum Bedarf der Orientalen eingeführt werden. Der Gesammtertrag für die grellen Farben und das glänzende Aeußere ist den Persern mit den übrigen orientalischen Völkern gemeinsam; doch giebt es gewisse Muster, welche in Persien ausschließlich einen guten Absatz finden. Früher beherrschte England fast allein den Markt für Persien, und ließ direct durch Reisende die Bedürfnisse des Landes und des Volkes erforschen. Nur Rußland machte in gewissen Artikeln die Herrschaft streitig. Später sind die Schweiz und der Zollverein in Konkurrenz getreten, Frankreichs Einfuhr ist geringer geblieben, Amerika ist über einige Versuche in neuester Zeit nicht hinausgekommen. Die Einfuhren bestehen in Wollewaaren aller Art, Seidenwaaren, Seiden- und baumwollenem Sammet, Stahl- und Bronzevaaren, Waffen, kurze Waaren u. a. Allen direkten und indirekten Verichten zufolge, ist die Vorliebe für fremde Waaren in Persien in beständiger Zunahme begriffen, und es darf darauf die Hoffnung gegründet werden, daß der Verkehr mit Persien einer wachsenden Bedeutung entgegengeht. Den Umfang des persischen Handels in Zahlen auszudrücken, ist nach den bisher zugänglichen Quellen selbst nur mit einiger Sicherheit nicht möglich. Die Zollgesetzgebung Persiens hat sich bisher noch nicht auf komplizirte Bestimmungen eingelassen. An der persisch-türkischen Grenze wenigstens beschränkt sich das Zollwesen darauf, daß die persischen Ausfuhrartikel und die aus westlichen Ländern

kommenden Einfuhrartikel, wenn sie persisches Eigentum sind, mit 3 Prozent, wenn sie von Türen aus- oder eingeführt werden, mit 4 Prozent, wenn sie dagegen von Europäern bezogen werden, mit 5 Prozent ad valorem des jedesmaligen Bajazpreises belegt werden. Wie im Orient überhaupt, ist auch in Persien die Behandlung der eingehenden und ausgehenden Waaren nicht von dem Lande des Ursprungs und der Bestimmung der Waare, sondern von der Staatsangehörigkeit des Importeurs oder Exporteurs abhängig. Nachdem verschiedene europäische Staaten ihre Handelsbeziehungen mit Persien durch Verträge geordnet haben, erschien es an der Zeit, auch Seitens des Zollvereins eine vertragmäßige Regelung der gegenseitigen Verkehrsbeziehungen mit Persien herbeizuführen. Persien kam dieser Absicht bereitwillig entgegen. Nur durch zufällige Umstände wurden die getroffenen Einleitungen mehrmals verzögert. Die Entsendung eines persischen Botschafters nach Paris bot in neuerer Zeit einen willkommenen Anlaß, der Sache wieder näher zu treten. Der gedachte Botschafter ließ sich mit entsprechender Ermächtigung und Instruktion versehen, um auf der Grundlage des französisch-persischen Vertrages in die Unterhandlung eines Freundschafts- und Handelsvertrages zwischen dem Zollverein und Persien einzutreten. Diesem wurde die Angelegenheit sogleich mit den übrigen Zollvereinsstaaten berathen. Die Unterhandlung hat demnach in Paris zum Abschluß des Vertrages vom 25. Juni 1857 geführt. Zu den einzelnen Bestimmungen des Vertrages ist nur zu bemerken, daß dieselben den ähnlichen Abreden in anderen Verträgen vollkommen entsprechen und seinen Handel durchweg auf den Standpunkt der meistbegünstigten Nationen stellen. Die Konsuln der Zollvereinsstaaten, deren drei in Persien zugelassen sein sollen, haben in Teheran, Laris und Bender Buschir zu residiren. Der Vertrag ist auf je acht Jahre, mit demnach binnen 12 Monaten zu bewirrender Kündigung, abgeschlossen und soll binnen Einem Jahre oder früher in Paris oder Konstantinopel ratifizirt werden.

[Staatsschuld.] Der dem Hause der Abgeordneten überreichte Jahresbericht der Staatsschuldenkommission über die Verwaltung des Staatsschuldenwesens ergiebt, daß sich der Gesammtbetrag der preussischen Staatsschulden von 247,833,595 Thlr. Ende 1855 auf 253,438,816 Thlr. Ende 1856 vermehrt hat.

Potsdam, 4. Febr. [Die Festlichkeiten zum Empfang.] Ueber die zum Empfange H. R. H. des Prinzen und der Prinzessin Friedrich Wilhelm von Preußen am 6. Febr. 1858 in der Residenzstadt Potsdam stattfindenden Festlichkeiten kann ich Ihnen aus verlässlicher Quelle nunmehr Folgendes berichten: 1) Das Zeltower Thor und die Lange Brücke werden mit Kränzen, Gewinden und Fahnen festlich geschmückt; desgleichen das Rathhaus, so wie die umliegenden Gebäude. 2) Auf dem Bahnhofe, und zwar dem älteren Bahnhofgebäude entlang, stellt sich die Schützengilde mit ihren Fahnen und einem Musikchor auf. 3) Anschließend an die Schützengilde nehmen die Kaufmannschaft und die hiesigen Gewerksinnungen mit Fahnen, Emblemen und Musikchören, von Marschällen geführt, im Spalier Aufstellung, welche sich, die Brücke freilassend, bis zum Fortunaportal des k. Schlosses hin erstreckt. 4) Das Magistratskollegium und die gesammte Stadtverordnetenversammlung begeben sich um 1½ Uhr Mittags nach dem Bahnhofgebäude, und nehmen dort in den dazu bestimmten Empfangszimmern ihre Aufstellung. 5) Nachdem Ihre K. Hoheiten auf dem Bahnhofe angekommen und in das Empfangszimmer daselbst eingetreten sind, nahet sich höchstebenfalls der Oberbürgermeister Beyer an der Spitze der städtischen Behörden, und begrüßt das hohe Paar Namens der Stadt in ehrfurchtsvoller Ansprache. 6) Sobald Ihre K. Hoheiten den Wagen bestiegen haben, und der Festzug sich in Bewegung gesetzt hat, schwenkt unmittelbar hinter der militärischen Eskorte die Schützengilde ein; ihr folgen die Kaufmannschaft und die Gewerke, gleichfalls in militärischer Ordnung einerschwenkend. 7) Sobald die Spitze des Festzuges die lange (Zeltower) Brücke erreicht, beginnen die Kirchenglocken zu läuten, und es werden Freudenсалven mit Böllern vom Schützengarten aus abgefeuert. 8) Während hiernächst die prinziplichen Wagen in das Fortunaportal einfahren, marschiren die Schützengilde u. geradeaus die Schloßstraße entlang, und durch das Portal an der breiten Straße in den Lustgarten, wo sie, gegenüber dem k. Schlosse, Aufstellung nehmen, um sodann auf erhaltene höchste Erlaubniß zur Ihren Königlichen Hoheiten vorbei zu desfiliren. 9) Bei eintretender Dunkelheit wird die Stadt illuminirt. 10) Am folgenden Tage, den 7. Februar, Nachmittags 2 Uhr, erscheinen mit höchster Erlaubniß zur ehrfurchtsvollen Begrüßung des hohen neuermählten Paares auf dem königlichen Stadtschlosse 30 Jungfrauen der Stadt, geführt von Ehrenmüttern und einer Deputation von Stadtbehörden. Die Jungfrauen bitten um die Gnade, ein Gedicht, die städtische Deputation, ein Ehrengeschenk Ihren Königlichen Hoheiten überreichen zu dürfen. — Außerdem haben im Anschlusse an die städtische Deputation ehrfurchtsvoll gebeten, am 7. Februar e. vor dem hohen Paare auf dem Stadtschlosse erscheinen zu dürfen: 1) die Direktoren der hiesigen höheren Lehranstalten, welche Festgedichte zu überreichen, 2) eine Deputation der Schützengilde, 3) eine Deputation der Synagogengemeinde, welche Glückwunschsadressen zu übergeben und 4) eine Deputation der Kaufmannschaft, welche ein Ehrengeschenk darzubringen beabsichtigen. — Als Ehrenmütter, deren oben ad 10 gedacht worden, sind, wie wir vernehmen, ausgewählt worden: die Gattinnen 1) des Oberbürgermeisters, Geheimen Rathes Beyer, 2) des Stadtverordneten-Vorstehers Nimrose, 3) des Stadtschloßes, Fabrikbesizers Jacobs, 4) des Geheimen Oberrechnungsraths Wiesede, 5) des Oberstleutnants a. D. v. Kuzow und 6) des Hofbauinspektors, Professors v. Arnim. Das von den Jungfrauen zu überreichende Gedicht wird von der Tochter des Stadtschloßes Jacobs gesprochen werden. (3.)

—1. Breslau, 3. Febr. [Tagesbericht.] Nach der vom Magistrat publizirten Hauptübersicht der Wirksamkeit der hiesigen Schiedsmänner im Jahre 1857 sind 2060 Klagen bei denselben angebracht, und davon 1175 durch Vergleich zur Erledigung gekommen. Es kamen auf die 51 Schiedsmänner daher durchschnittlich 40 Klagen, auf jeden Tag ungefähr deren sechs. Einzelne Bezirke zeichnen sich durch besonders hohe, andere durch sehr niedrige Zahl der Klagen aus. Zu jenen gehört der Rosenbezirk I. mit 213, der Schweidnitzerangerbezirk mit 115, der Katharinenbezirk mit 112 Klagen; zu diesen: der Dombezirk mit 5, der Glisabehbezirk mit 3, der Antonienbezirk mit 2 Klagen. Man sieht, daß die Rosen auch in Breslau Dornen haben, und daß in dem Rosenbezirk ein sehr reichliches Publikum wohnt, das dem Schiedsmanne nicht wenig zu schaffen macht. Daher ist es denn demselben auch nur gelungen, 97 Parteien zu einem mageren Vergleich zu bringen; die übrigen haben einen fetten Prozeß vorgezogen, wenn auch anzunehmen, daß bei diesem nicht eben viel herausgekommen, denn der Rosenbezirk gehört in Breslau zu den stiefmütterlich behandelten und daher ziemlich verwahrloseten Theilen der Stadt. Ein gut Theil der Bewohner lebt in den erbärmlichen Speulunken, welche die Rosengasse, der Viehmarkt, die Häferei und andere weniger berühmte, als berühmte Straßen und Plätze jenes Stadttheiles einnehmen. Auf den Böden, in den Hauskammern, in den Viehställen leben Hunderte von Menschen ein unfeiles, klägliches Dasein. Schichten dumpfigen Strohes, mit Lumpen bedeckt, und schon bewohnt von allerlei geflügelten und ungeflügelten Insekten, sind die Schlafstätten für die gesammte Familie, welche, wie bei armen Leuten gewöhnlich, durch ein Rudel Kinder gesegnet sind, die dem edlen Bettlerhandwerk von den ersten Tagen ihres Daseins obliegen müssen, bis sie zu der Klasse der „Weißkäufer“ avanciren, in der die lieben Eltern seit lange die reichsten Erfah-

tungen gesammelt. Es gehört wenig Phantasie dazu, um aus Sue's Geheimnissen von Paris hier ein Spiegelbild wiederzufinden, ein Bild, wie es alle größeren Städte leider bieten, und wie es durch nichts bessert werden zu können erscheint. Als die Posener Bahn angelegt werden sollte, da hoffte ein gut Theil Derer, welchen die Hebung dieses Stadttheiles am Herzen liegt, daß der Eisenweg, wenn er jenen Stadttheil durchschnitte, dessen Civilisation vollziehen werde; es ist anders gekommen. Weit weg von dem betreffenden Stadtbezirk liegt der Schienenstrang, und von dem flüchtig dahinrollenden Zuge herab vermag man nur mittelst Fernrohrs die Stadttheile zu erschauen, dessen Bewohner ihren stillen Frieden (!) nun nicht durch das bunte Wogen und Treiben des Eisenbahnverkehrs gestört sehen. Wir würden übrigens ungerecht sein, wenn wir den allgemeinen Charakter unserer nächsten Nachbarschaft auf alle Bewohner derselben ausdehnen wollten; auch in der Rosengasse u. giebt es wohl manche ehrenwerthe Familie und Persönlichkeit; der Platz bestimmt nicht den Menschen, sondern dieser den Platz!

Breslau, 4. Februar. [Konsekration.] Zur Konsekration des im Konistorium vom 21. Dez. v. J. präkonfirten Bischofs von Gebron in partibus infidelium, bisherigen königl. Regierungs- und Schulraths Bogedain, Suffragans des Fürstbischofs von Breslau, sind dem Vernehmen nach der Erzbischof von Posen, v. Prylukski, so wie der Weihbischof Stephanowicz eingeladen worden und haben diese Einladung angenommen. Der zu konsekrirende Weihbischof hat in der Posener Diözese als Direktor des Schullehrerseminars zu Paradise, so wie als geistlicher Regierungs- und Schulrath in Posen längere Zeit mit Segen gewirkt. Derselbe ist den 11. Sept. 1810 in Kröbel bei Groß-Glogau geboren, 1834 zum Priester geweiht und seit 1848 als geistlicher Regierungs- und Schulrath in Oppeln thätig. Die Konsekration dürfte bald nach Ostern stattfinden. (5.)

Danzig, 2. Februar. [Schiffsbauten; zur Vermählungsfeier.] Die Arbeiten an Schiffen wie an Gebäuden schreiten auf der hiesigen k. Marinewerke, zwar langsam, doch stetig, vorwärts. Die Korvette „Arcona“ (Raddampfsboot) steht schon seit Wochen zum Ablauf bereit; nur der Bau der Vorhelling dazu, welcher bedeutende Schwierigkeiten darbietet, indem stets Grundwasser nachdringt, verzögert dasselbe. Auch die Maschine der „Arcona“ ist bereits angekommen und mit deren Aufstellung vor ein Paar Tagen begonnen worden. Sie hat 300 Pferdekraft und die Schraube 14 Fuß im Durchmesser. Die Armirung der Korvette besteht aus 28 schweren Geschützen, sie hat also so ziemlich die Wehrkraft einer Fregate zweiter Größe. Die Schwesterkorvette der „Arcona“, und mit dieser ziemlich von gleichen Dimensionen, die „Gazelle“, ist in der baulichen Vollendung hinter dieser noch um ein Beträchtliches zurück. Sie erhält gegenwärtig eine Bedachung, um sie gegen die Einflüsse des Wetters (das, beiläufig bemerkt, jetzt recht winterlich hier auftritt) zu schützen. — Als Nachtrag über die Feier des 25. Januar ist noch zu erwähnen, daß das auf das Brillanteste decorirte und illuminirte Haus des hiesigen großbritannischen Generalkonsuls am Abend jenes festlichen Tages neben den Wappen u. beider Länder, als Festpreis an die hohen Neuermählten in Flammenschrift die dem Schatzpreise entlehnten Worte trug: „May They live longer than we have time to tell Their Years, loving and beloved.“ (Möchten Sie länger leben, als wir Zeit haben, Ihre Altersjahre zu zählen, liebend und geliebt!) (B. N.)

† Glogau, 4. Febr. [Begnadigung; Diverses.] Durch zwei gleichlautende schwurgerichtliche Erkenntnisse waren im vorigen Jahre die Tischler Herbst und Kleinert aus Friedeberg am Queiß und der Fleischergehele Pohl aus Kengersdorf bei Rauban des gemeinschaftlich an einer Wittve zu Friedeberg verübten Raubmordes schuldig befunden und demgemäß zum Tode verurtheilt. Die Urtel lagen bereits längere Zeit im Kabinete Sr. Majestät und die Konfirmationsordre wurde täglich erwartet, als am 25. Jan. die telegraphische Nachricht, daß alle drei Verbrecher zu lebenswieriger Zuchthausstrafe begnadigt seien, in Berlin anlangte. Sr. K. H. der Prinz von Preußen hatte den hohen Akt auf Grund der ihm übertragenen Befugnisse noch am Vermählungstage von London aus vollzogen. Gegenwärtig befindet sich in unserem Departement noch ein zum Tode Verurtheilter, ein Züchtling Heinze, welcher zu Görtz seinen Aufseher ermordet hat und bezüglich dessen die Entscheidung noch in Aussicht steht. — Die Kriminalfälle werden, nach den amtlichen Nachweisungen, übrigens seltener, obgleich stets noch einzelne wahrhaft schaudervolle Thaten hervortreten. So wurde unlängst in Görtz eine Schuhmachersfrau am hellen Tage ermordet, ohne daß es bis jetzt gelungen wäre, den Thäter zu ermitteln. (s. jedoch unsere gestrige Zeitung unter Breslau, wonach der Thäter allerdings eingezogen wäre; v. N.) und im Bunzlauer Kreise verübte ein Professionist gegen ein unbescholtenes Mädchen von 18 Jahren mit Gewalt eine Handlung im Sinne des §. 144 des Strafgesetzbuches, welche den Tod der Verletzten zur Folge hatte. Er ist der That bereits gefällig. — Vor einigen Tagen erschredete uns Feuerlärm. Die Esse eines Hauses der Paulinerstraße brannte, und der bei der feuchten Temperatur sich zu Boden senkende Rauch ließ das Feuer, welches bald gedämpft wurde, Anfangs bedeutender erscheinen, als es in der That war. — An dem evang. Gymnasium steht ein wesentlicher Lehrwechsel bevor, in dem eintheils durch den Tod des Gymnasiallehrers Lucas eine Stelle erledigt ist, andertheils die Lehrer Dr. Paul und Kruse nach Berlin übersiedeln, woselbst sie Schulämter übernommen haben. — Zu den Feierlichkeiten des 8. Februar, besonders dem Subskriptionsballe, trifft man umfassende Vorbereitung.

Minden, 3. Febr. [Zum Empfang der hohen Neuermählten.] welcher den 5. d. M. Nachmittags 3 Uhr auf dem Bahnhofe stattfindet, werden bereits die umfassendsten Vorbereitungen getroffen. Die königliche Regierung in pleno, das Offiziercorps, die Spitzen der übrigen Behörden und Deputationen der Stände, so wie Bürgermeister und Stadtverordnete von Minden werden die prinziplichen Herrschaften empfangen. Eine Deputation der 5 Kreise des ehemaligen Fürstenthums Mindens-Ravensberg, geführt durch den Regierungspräsidenten Herrn Peters, wird hierbei Sr. königl. Hoheit als Festgabe ein edles weißes Roß, das Wappenbild des Herzogthums Westfalen, einen westfälischen Schinken, dessen im Kreise Herford geborener Träger 750 Pfund wog, einen echten einheimischen Rumpersackel von riesigen Dimensionen und ein Stück Leinenhandgespinnst, von der Pflanzenfaser bis zum Fabrikate im Inlande erzeugt, darbringen. Demnach findet eine Vorstellung der Behörden und Stände statt. Den Hintergrund der Empfangs-scene zu Minden werden das schöne Weisergerie mit der Porta Westphalica und die Schaaren unserer eben so geschmackvoll als originell gekleideten häuerlichen Bevölkerung bilden. (3.)

Nikolaiken, 1. Febr. [Unglücksfall.] Welch traurigen Verlauf mitunter ein ganz anscheinend harmloses Spiel nimmt, hierüber Nachstehendes, das sich vor Kurzem in unserer Kreisstadt Sensburggetragen. Als nämlich nach dem ersten Froste die Gewässer noch schwaches glattes Eis bedekte, auf welches, wie das überall geschieht, die Ju-



gend sich alsbald begiebt, belustigte ein junger Mann sich selbst und diese dadurch, daß er unbedenklich Goldstücke auf das spiegelglatte Eis warf, und solche demjenigen als Eigentum zuerkannte, welcher zuerst an dieselben gelangen würde. Dies ging auch einige Male ganz gut ab, sollte aber zur großen Betrübniß des jungen Mannes und einer noch größeren der betreffenden Eltern, nicht lange währen. Als Ersterer nämlich ein werthvolleres Stück hinwarf, wurde natürlich auch die Konkurrenz der Jugend größer; vier Knaben konzentrierten sich gleitend, die schwache Eisdecke brach unter ihnen, drei ertranken und einer wurde gerettet. Möchte dies Ereigniß den gewünschten Zweck der Warnung nicht verfehlen. (R. P. 3.)

**T. Horn, 4. Febr.** [Gehaltsverbesserung der Gymnasiallehrer;] Begutachtet zum Gedächtniß an den 25. Januar; der Verfehr.] Die Gehaltsverhältnisse der Lehrer am hiesigen Gymnasium sind der Gegenstand besonderer Fürsorge des Kultusministeriums gewesen. Von dieser Stelle aus soll direkt eine Verfügung an das Schulcollegium unserer Provinz ergangen sein, die Gehalte der Bezeichneten auf dasselbe Maas mit denen an den anderen preussischen Gymnasien zu bringen. An dem hiesigen Gymnasium, welches zwei Realklassen neben den gewöhnlichen 6 Gymnasialklassen hat (die Real-Prima soll aus den beiden anderen hervorgehen), unterrichteten 14 Lehrer, welche inkl. des Direktorsgehälts mit 1400 Thlr. zur Zeit 8250 Thlr. Gehalt beziehen. Jener Verfügung gemäß müßten die einzelnen Stellen mit Ausschluß des Direktors mit je 50 — 100 Thlr. verbessert werden, was eine Erhöhung von etwa 1300 Thlr. bedingen würde. Die erste Oberlehrerstelle wäre dann mit 900 Thlr., die letzte Lehrerstelle mit 400 Thlr. fundirt. Die Gehaltsverbesserung soll durch eine Erhöhung des hier noch verhältnismäßig niedrigen Schulgeldes ermöglicht werden. Das jährliche Schulgeld der Regia soll von 10 auf 12, das der Prima von 16 auf 20 Thlr. erhöht werden. Trotz dieser Steigerung ist das Schulgeld im Verhältnis zu dem, welches auf der Hälfte der preussischen Gymnasien gezahlt wird, noch ein mäßiges. Die Angelegenheit liegt der Stadtverordnetenversammlung zur Beratung vor. Zweifelsohne wird die Erhöhung des Schulgeldes beliebt werden, um die vollkommen gerechtfertigte Erhöhung auszuführen, mit welcher auch die öffentliche Stimme der Bevölkerung sich sehr einverstanden erklärt, da, abgesehen von der Billigkeit jener Maßregel, das Lehrercollegium sich allgemeiner Achtung und Liebe erfreut. Die wohlthätige Wirksamkeit desselben wird von der Bevölkerung und der Umgegend nicht bloß an den Zöglingen der Anstalt, sondern auch im öffentlichen Leben mannichfach wahrgenommen. Nebenbei sei noch bemerkt, daß die Erhöhung des Schulgeldes für arme, aber begabte Knaben kein Hinderniß der Ausbildung sein wird, da 1/2 der Schüler freien Unterricht und 1/4 für die Hälfte des Schulgeldes Unterricht erhalten kann. — Der 25. Januar war auch hier, wie allerwärts in unserm engeren Vaterlande, der Tag herrlicher, wenn gleich keiner lärmenden Freude. Einem Berichterstatter wird es schwer, an sich zu halten und den Hoffnungen und Erwartungen, welche sich öffentlich, aber noch unbehobener in Privatgesprächen über das frohe Ereigniß jenes Tages fundigen und noch fundigen, keinen Ausdruck zu verleihen. Es sei mir gestattet, zu sagen, daß sich auch in unsrer Stadt, der das gerechte und geordnete Regiment der Hohenzollern zum größten Segen geworden ist, die Thatfache, daß das preussische Volk mit ungeheurer Anhänglichkeit seiner Königsfamilie zugethan ist, wahrnehmen ließ. Im Sinne der Bevölkerung handelten die städtischen Behörden, daß sie aus den Zinsen eines Legats, welche nicht vollständig nach der wörtlichen Bestimmung des Erblassers verwendet werden konnten, zum Gedächtniß an das frohe Ereigniß ein neues Legat gründeten, dessen Zinsen jedesmal am 25. Januar zur Ausstattung einer armen tugendhaften Jungfrau evang. Konfession verwendet werden sollen. Der Zufall wegen der Konfession mußte gemacht werden laut der gesetzlichen Bestimmungen, welche in Fällen, wie der hier vorliegende, zur Anwendung kommen müssen, sonst wäre derselbe fortgelassen worden, wie humaner Weise in der Stadtverordnetenversammlung beantragt worden war. — Der Januar war bei seinem Scheiden noch so freundlich, einen allgemeinen Wunsch zu erfüllen, indem er einen festen Uebergang über den Strom bei der Stadt, vielleiht für einige Wochen, herstellte. Städtischerseits ist der Uebergang selbstverständlich noch verbessert worden, so daß zur Zeit eine sichere und bequeme Passage über die Eisdecke für Fußgänger und Fuhrwerke statthat. Die Rückwirkung dieses Umstandes auf den Verkehr ist günstig und äußert sich nicht bloß auf den hiesigen Getreidemarkt. Die Zufuhren an demselben sind seit 14 Tagen sehr frequent und das Quantum des hier lagernden Weizens, noch mehr das des Roggens ist sehr bedeutend. Die guten Wege (Schlittenbahn) laden ein, und die Nothwendigkeit, seinen Verpflichtungen nachzukommen, zwingt den ländlichen Produzenten, den erübrigten Vorrath, welcher in Erwartung besserer Preise zurückgehalten wurde, an den Markt zu bringen. Momentan wird für Roggen pr. 25 Scheffel besser Qualität 28 Thlr., und für dasselbe Quantum Weizen besser Qualität 56 Thlr. gezahlt.

**Oestreich, Wien, 2. Febr.** [Preszustände.] Dem „Fr. Z.“ schreibt man von hier: Unsere Preszustände gestalten sich immer läglicher. Man könnte füglich glauben, daß die gegen die politischen Journale neuerlich getroffenen Beschränkungen mit der auf denselben ohnehin schwer lastenden Stempelauflage vorläufig ihre Grenzen erreicht haben würden. Dem ist jedoch nicht so, vielmehr haben sich in dieser Hinsicht die Maßregeln der Strenge sichtlich gesteigert. Das von einer Seite her mit rastloser Thätigkeit verfolgte Ziel, die Presse völlig mundtot zu machen, tritt immer unabweidender und mit sichtlichem Erfolg hervor. So haben in letzter Zeit nacheinander mehrere Beschlagnahmen stattgefunden. Eine solche traf die „Oest. Z.“, welcher überdies eine Verwarnung folgte (deren Veröffentlichung im Blatt jedoch nicht stattgefunden), aus Anlaß eines äußerst würdig gehaltenen Artikels über die Handelsschule; eine Frage, deren weitere Erörterung den Blättern seitdem gänzlich unterlag worden. Gleiches Schicksal traf den „Kurier“, ein wenig verbreitetes Journal, welches die Berechtigungen der Protestanten berührt, und sogar das „Fremdenblatt“ wegen einer Notiz nichtpolitischen Inhalts welche ihre Verdrängung füglich in irgend einem inspirirten Organe hätte erhalten können. Berücksichtigt man nun auch noch die verschiednen, vertraulichen Informationen und Verweigungen, welche der Presse oftmals über geringfügige Fragen zukommen (so wurde beispielsweise die Besprechung der Grabschilde des kürzlich verstorbenen berühmtesten und populärsten Mannes in Oestreich den Blättern in den letzten Tagen nicht mehr gestattet, dem doch der Kaiser selbst die höchste Ehre erwiesen und das letzte Geleit gegeben), so kann nicht in Abrede gestellt werden, daß auf diese Weise, wenn auch nicht formell, doch faktisch eine förmliche Präventivcensur gegen die Journale geübt wird. Wie wenig denselben durch die Preszordnung vom 1. Sept. 1853 auch Spielraum geblieben ist, so möchte ein solches Verfahren, das offenbar weit über die legislatorische Auslegung ihres Wortlautes reicht, doch schwerlich aus denselben abgeleitet werden können. Die weiland Seditösischen Censur hatte mindestens den Vorzug, eine einheitliche zu sein. Unter dem gegenwärtigen System unterstehen die periodischen Journale aber nicht bloß der obersten Preszbehörde, sondern auch den einzelnen Statthaltereien und theilweise dem Ministerium des Innern, somit auf diese Weise verschiednen und nicht immer einverständlich wirkenden Behörden. Diese Schwierigkeiten und administrativen Maßregelungen, welche jeder selbständigen und freieren Bewegung der Journale hinderlich entgegenstehen, werden jedoch hauptsächlich durch die in allen Verhältnissen sichtlich vorherrschende ultramontane Partei hervorgerufen, die mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln die Presse zu ihren Zwecken förmlich zu monopolisiren bemüht ist. Die Vorgänge mit der „Gazetta di Bergamo“ bieten hierfür einen genügenden Beleg. Wie mächtig aber dieser Einfluß auch schon an sich der Regierung geworden, erhält allzu deutlich aus der schrankenlosen Freiheit, welche den klerikalen Organen gestattet ist. Während nämlich den unabhängigen Blättern eine Besprechung konfessioneller Fragen und hierauf bezüglicher Vorgänge nicht gestattet ist, sind sie täglich den ungemessenen Angriffen der ultramontanen Journale ausgesetzt, denen zu erwidern ihnen somit unmöglich wird. In dieser Weise hat der „Volksfreund“ wiederholt die gesammte Wiener Presse als eine „revolutionäre“ bezeichnet. Das Severinusblatt scheint in seinem übermäßigen Eifer übersehen zu haben, daß es sich damit selbst in vorberstürzender Reihe auf dieses Gebiet verlegt. Denn von dem übernommenen Amt eines d'émoucheur public zu jenem eines „accusateur public“ ist offenbar kein feinerer Weg. Die katholische „Kirchenzeitung“ aber hat neuerlich die gegen die Juden gerichtete und bereits vor zwei Jahren weiblich vorgebrachte Anklage des Hinsehens von Christenkindern abermals und „ungeachtet“ besprochen. In, selbst Persönlichkeiten, welche ihr erbabener Beruf von jeder Polemik ferne halten sollte, stehen nicht an, den hnen in geschlossenen Versammlungen gehaltene Vorträge zu veröffentlichen, um ihre Feindseligkeit gegen die Publizität kundzugeben. Unter so

brüdenen Verhältnissen, in welchen offenbar nur den klerikalen Zeitungen eine freie Bewegung gestattet ist, die sie im Bewußtsein ihrer begünstigten Stellung zu Demünzationen und Aufreizungen gegen andere, im Staat gebildete Konfessionen benützen, und bei den in einflussreichen Kreisen gegen die Organe der Publizität vorwaltenden Ansichten bietet die Zukunft nur betrübende Aussichten für die österreichische Presse, die auf diesem Wege einer völligen Bedeutungslosigkeit und ihrem gänzligen Untergange zugeführt wird. Der Eindruck, welchen diese beklagenswerthen Zustände auf die öffentliche Meinung üben, welcher damit jeder ungeschickte und unbeeinflusste Ausdruck vollends entzogen wird, ist daher ein erklärlicher, der wohl keiner weiteren Beleuchtung bedarf.

**Wien, 3. Febr.** [Prof. Stein.] Die „Presse“ enthält folgende Zuschrift: „An die verehrliche Redaktion der „Presse“: Ich darf Sie wohl ersuchen, gefälligst die über meinen angeleglichen Uebertritt zur katholischen Konfession in Ihrem Blatte vom 28. d. Mts. (und auch darnach in unserer gestr. Ztg.: d. R.) gebrachte Notiz dahin berichtigen zu wollen, daß diese ganze Nachricht durchweg aus der Luft gegriffen ist. Ergebenst E. Stein. Wien, 29. Januar.“

**Mailand, 30. Jan.** [Unterstützung.] Der Kaiser hat zur Unterstützung der drei Distrikte Morbegno, Sondrio und Tirano in Veltlin 100,000 Gulden aus dem Staatschatz bewilligt.

**Bayern, München, 2. Februar.** [Der Streit über die Donauschiffahrtsakte.] Die „N. M. Z.“ reprodiziert folgenden Artikel der „A. Z.“, den sie als einen halboffiziellen bezeichnet: „Während der Streit, ob die zwischen den Uferstaaten abgeschlossene Donauschiffahrtsakte vor der Ratifikation durch die betreffenden Souveräne der Pariser Konferenz zur Prüfung hätte vorgelegt werden sollen, in der Journalistik mit Beharrlichkeit ausgefochten wird, geht das kais. französische Kabinett neuerdings noch über dieses Ziel hinaus. Nicht nur in formeller Beziehung soll, nach den neueren Ansprüchen Frankreichs, die Donauschiffahrtsakte der Sanction der Konferenz unterliegen, sondern die Akte selbst, die Feststellung und Sanctionierung des Schiffahrtsreglements, die Ueberwachung seiner aufrichtigen Durchführung, die Verkündigung desselben als ein verpflichtendes völkerrechtliches Dokument wird der Kompetenz der Pariser Konferenz vindicirt. Noch mehr, nach der neuesten Behauptung des kais. französischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten soll den Konferenzmächten sogar das Recht der bewaffneten Oberaufsicht und die Ausführung des Schiffahrtsreglements auf der Donau zustehen. Eine solche alle Souveränitäts- und Territorialhoheitsrechte der Donauuferstaaten direkt verletzende und aufhebende Interpretation des Friedenstraktats vom 30. März 1856 leitet Graf Balakowki vor Allem „aus dem Geist dieses Vertrages“ ab. So ist denn leider klar geworden, daß die frühere Beanstandung der Ratifikation der Donauschiffahrtsakte durch die betreffenden vier Souveräne ein weiteres, verlegendes in sich barg als die bloße Formfrage: so ist um so mehr gerechtfertigt, daß die Donauuferstaaten, im Bewußtsein ihres Rechts und ihrer Würde, den Akt, welcher die freie Donauschiffahrt nach den Grundätzen der Wiener Kongressakte von 1815 in freisinnigster Weise regulirt, Kraft ihrer Territorial- und Souveränitätsrechte explizit et simpliciter ratifizirt haben. Wie der Pariser Traktat vom Jahre 1856 die Königreiche Bayern und Württemberg, welche zu demselben nicht mitgewirkt, ihn nicht unterzeichnet haben, noch nachträglich aufgefordert worden sind, demselben ihre Zustimmung zu erteilen, zu anderem weiterem verpflichten soll als die Wiener Schlußakte von 1815, der diese Mächte seiner Zeit beigetreten sind, das wird ohnehin nimmermehr zu beweisen sein. Auch können wir mit allem Grund versichern, es habe insbesondere das k. bairische Kabinett dahin zielende Annahmen mit der ruhigen Entschiedenheit zurückgewiesen, welche das Rechtsbewußtsein einer deutschen souveränen Macht patriotischen Staatsmännern einflößt. Dem deutschen Patrioten, gleichviel ob er Nord- oder Süddeutschland angehöre, möge es zu nicht geringer Befriedigung gereichen, die Versicherung zu vernehmen, daß die kais. österreichische Regierung eben so wenig gewillt ist, der souveränen Verfügung unabhängiger Staaten, auf ihren Gebieten selbstthätig die völkerrechtlich vereinbarten Grundzüge durchzuführen, eine fremde Gewalt substituiren zu lassen. Sind wir gut unterrichtet, so hat sich das Kabinett zu Wien in den letzten Tagen hierüber fest und leidenschaftlos dem franz. Ministerium gegenüber ausgesprochen, und man darf hoffen, es werde letzteres nicht auf einem Anspruch bestehen, der jeder völkerrechtlichen Stütze mangelt.“

**Hannover, 2. Febr.** [Eröffnung der Kammern.] Die Erste Kammer der allgemeinen Ständerversammlung eröffnete heute wieder ihre Sitzungen. Nachdem der Amtmann v. Trampe, als Präsident während der im Jahre 1857 stattgehabten außerordentlichen Diät, in Gemäßheit der Vorschriften der Geschäftsordnung für die Ständerversammlung, den Vorsitz übernommen, wurde zunächst das Protokoll der letzten Sitzung der außerordentlichen Diät vom 30. März v. J. verlesen und genehmigt und sodann vom Präsidenten darauf hingewiesen, daß den Ständen während der heute beginnenden ersten ordentlichen Diät des 14. Landtages, sicherem Vernehmen nach, sehr wichtige und zahlreiche Vorlagen werden gemacht werden und diese Diät daher vdraussichtlich von langer Dauer sein werde. Derselbe empfahl daher von vornherein, darauf Bedacht zu nehmen, Mittel aufzusuchen, welche neben der erforderlichen gründlichen Behandlung der Vorlagen eine thunlichst rasche Erledigung derselben ermöglichen. Es wurde darauf der Eingang von 16 verschiedenen Regierungsschreiben verknüpft. Auf die Anfrage des Präsidenten genehmigte die Kammer die Veröffentlichung der Verhandlungen durch das „Landtagsblatt“ und die Zuziehung der früheren drei Berichterstatter. Für die Tagesordnung der nächsten Sitzung am 3. Februar wurde bestimmt die Wahl des Präsidenten, und die Gesetzeswürfe, betreffend das Jagdgesetz, die Städteordnung, Amtsverteilung und das Staatsdieneregesetz. Der Zweiten Kammer wurden gleichfalls die eingegangenen Regierungsschreiben mitgetheilt und für die nächste Tagesordnung, am 3. Febr., die Präsidentenwahl angesetzt.

**Hannover, 4. Febr.** [Präsidentenwahlen.] Nachdem in der gestrigen Sitzung der Ersten Kammer mehrere Regierungsschreiben angezeigt waren, wurden die drei Kandidaten für das Amt des Präsidenten gewählt und fiel die Wahl auf den Landrath v. Trampe, den Landrath v. Gramm und den Grafen v. Bernstorff. — In der Zweiten Kammer wurden für das Amt des Präsidenten als die drei vorzuschlagenden Kandidaten die Abgeordneten Heise, v. d. Kneesebeck und Blumenhagen gewählt.

**Sachsen, Dresden, 3. Febr.** [Der Prozeß über die Maingellagen.] Der „Dresdner Volksztg.“ wird folgendes geschrieben: Als ich vor beiläufig zwei Monaten erfuhr, es wären neuerdings noch 13 Maiderurtheile in das Zuchthaus zu Waldheim eingeliefert worden, wagte ich trotz der sichern Quelle, aus der ich meine Nachricht geschöpft, nicht sie weiter zu erzählen, sie klang geradezu ungläublich. Nachdem ich aber mich näher erkundigt und die Sache mit allen ihren traurigen Einzelheiten erfahren hatte, durfte ich nicht länger zweifeln, und zuletzt hat denn auch das amtliche „Dresdner Journal“ in seiner Nr. 17 unter der Ueberschrift: „Die Bewegung des Personalstandes in den Landesstraf- und Korrektionsanstalten während des Monats November 1857“ die Bestätigung gebracht. Ich trage nun nicht länger Bedenken, hier mitzutheilen, was ich aus bester Quelle über diese unglückliche Angelegenheit erfahren habe. Der Prozeß ist nicht etwa erst in der Arzeit angestrengt worden. Nein, bereits in der ersten Hälfte des Mai's 1849 schon hat das damalige Justizamt Pegau die Untersuchung begonnen, die sich durch lange 8½ Jahre hingezogen hat, bis sie endlich im November 1857 mit der zweifelhaflichen Verurtheilung von 17 Angeklagten geendet, der einzige von allen Maiprozessen im Lande, der eine solch außerordentliche Dauer in Anspruch genommen hat. Bei einer Volksversammlung am 6. Mai 1849 in dem Städtchen Großschloß hatte der Obmann des Vaterlandsvereins, Gerichtsdirektor Ludwig aus Pegau, zum Zuzug nach Dresden aufgefordert. Bald nach ihm hatte auch der Obmann des deutschen Vereins, Dr. Kaufschilb, damals Justizamtman in Pegau, die Rednerbühne betreten, sie aber wieder verlassen müssen, als er kaum zu sprechen begonnen, weil die versammelte Menge ihr Mißfallen in der unabweidlichsten Weise zu erkennen gegeben. Noch in Großschloß selbst und auf seinem Rückzuge nach

Pegau war er vielfach beleidigt, gemißhandelt und bedroht worden. Wegen dieses Vorfalles nun (ein Zuzug ist nicht nach Dresden abgegangen) war wenige Tage später Kriminaluntersuchung gegen 80 Personen eingeleitet worden. Nachdem im Januar 1850 die Akten verlangtermaßen an das Appellationsgericht zu Leipzig eingesandt worden waren, gelangten sie im März 1851 von dort zurück mit der Verordnung, daß die Untersuchung gegen 55 der Angeklagten niedergelegt, gegen die übrigen aber fortzusetzen sei. Ende November 1852 war endlich die Sache so weit gediehen, daß die Akten abermals an das Leipziger Appellationsgericht zu Abfassung des ersten Urtheils eingesandt wurden, das, im Juni 1853 ergangen, 17 Verurtheilungen von 2 Monaten Gefängniß bis zu 5 Jahren Zuchthaus aussprach; 8 Angeklagte waren freigesprochen. Nach anderweiter Vertheilung wurden die Akten im August 1854 Behufs des zweiten Urtheils an das Ober-Appellationsgericht eingesandt, und von dort gelangten sie erst im November 1857 (!) an das Untersuchungsgericht zurück, in der Hauptsache das erste Urtheil bestätigend. Vielleicht, daß die in den letzten Jahren wiederholt aufgetauchten Gerüchte von einer bevorstehenden Amnestie den hohen Gerichtshof veranlaßt haben, einen Urtheilspruch zurückzuhalten, der in dem Fall: überflüssig geworden wäre. Es sind nun noch im Laufe des November's 13 zu Zuchthausstrafe von 2 bis zu 5 Jahren Verurtheilte (darunter 6 Familienväter) nach Waldheim und ein zu 2 Jahren Arbeitshausstrafe verurtheilter Familienvater im Dezember 1857 nach Zwickau abgeführt worden, ein zu 2 Monaten Gefängniß Verurtheilter sibt keine Strafe im Pegauer Gerichtsgefängniß ab, zwei andere Verurtheilte hat mittlerweile der Tod vor einen milderen Richter gestellt. Da nun 11 Maiderurtheile sich noch von früher her im Zuchthause befinden, so ist jetzt die Zahl derselben wieder auf 24 gestiegen. Unter denselben sind sechs auf Lebenszeit Verurtheilte, nämlich Munddirektor Hödel aus Dresden, Kreisamtmann Heutner aus Freiberg, Lieutenant v. Glümer aus Magdeburg, Postsekretär Martin aus Dresden, Schriftsteller Delfers aus Leipzig und Rechtskandidat Kirch aus Leisnig; drei Militärpersonen sind zu 20 Jahren verurtheilt, und die übrigen 15 zu Zuchthausstrafe von 9 — 2 Jahren. Außer diesen befindet sich ebenfalls wegen Beihilfung an den Mai-Ereignissen in Untersuchungshaft im Gefängniß zu Annaberg der dortige Advokat Haukein, der vor etwa einem Jahre freiwillig aus der Schweiz zurückkehrte und sich dem Untersuchungsrichter stellte. Die Entlassung aus der Untersuchungshaft ist ihm trotz seiner freiwilligen Rückkehr und trotz seiner Kränklichkeit noch nicht gewährt worden.

**Württemberg, Stuttgart, 2. Febr.** [Befinden des Königs; das Konkordat.] Ueber das Befinden des Königs werden von nun an keine Bulletins mehr ausgegeben. — Auch eine katholische Stimme hat sich gegen die Vereinbarung der württembergischen Regierung mit Rom vernehmen lassen. Der geheime Hofrath Warndörff, früher Professor des Kirchenrechts in Tübingen, hat dieselbe in der Reichsrechtlichen Zeitschrift für deutsches Recht einer ausführlichen Erörterung unterworfen. Der Verfasser hatte zur Zeit der Abfassung seines Aufsatzes noch nicht den offiziellen Text, sondern die vom „Staatsanzeiger“ in deutscher Sprache veröffentlichten Artikel von sich. Derselbe billigt in mancher Hinsicht die von der Regierung bewiesene Nachgiebigkeit, während er in anderer Beziehung seine staalichen und kirchlichen Bedenken, namentlich bezüglich der kirchlichen Gerichtsbarkeit, der künftigen Bildung der Geistlichkeit &c. nicht verschweigt. Vor Allem betont er, daß in Folge des württembergischen Konkordats 1) die geistliche Gewalt den Laien gegenüber größer geworden, als sie bisher gewesen, weil von einem Staatsschutz gegen ein weiteres Eingreifen derselben in das bürgerliche Leben nicht die Rede sein kann, namentlich wenn das kirchliche Gerecht wiederhergestellt sein wird. Einer bischöflichen Censur der Bücher und Zeitungen darf auch in Württemberg entgegengesehen werden. Schenkungen und Vermächtnisse zu kirchlichen Zwecken zu erlangen, wird leichter werden. 2) Die niedere Geistlichkeit kommt unter die volle Abhängigkeit von der bischöflichen Behörde. Es bedarf, wenn die geistliche Gerichtsbarkeit nicht der Gefahr einer Willkürherrschaft ausgesetzt werden soll, immer die nöthigen Garantien der Unparteilichkeit und des gesetzlichen Verfahrens bietenden Organisation der geistlichen Gerichte. 3) Aber auch die Bischöfe stehen in größerer Abhängigkeit von Rom da, als es bisher der Fall war. Es wird von dort nicht bloß eine strengere Aufsicht über die kirchliche Ordnung geübt, sondern auch die Lehre einer strengeren Ueberwachung, namentlich von der sogenannten Kongregation des Index, geübt werden. 4) Hat die katholische Kirche dem Protestantismus gegenüber eine festere Stellung erhalten; sie wird den Prinzipienkampf gegen denselben mit größerer Entschiedenheit fortzusetzen im Stande sein, namentlich wenn ihr die Unabhängigkeit durch Realotation der Bistümer und durch reichlicher fließende Güterzuwendungen noch mehr als gesichert ist. Jesuitenkollegien werden vielleicht auch in protestantischen Städten entstehen und es wird der protestantische Klerus genöthigt sein, mit noch größerem Aufwand von Wissenschaft und Eifer der katholischen streitenden Kirche gegenüberzutreten.

**Frankfurt a. M., 2. Febr.** [v. Wahlkampf.] Vorgestern ist hier selbst nach vierzehntägiger Krankheit der Geheimrath v. Wahlkampf an einem nervösen Fieber im Alter von 58 Jahren gestorben. Sein wechselvoller und bewegter Lebensweg führte ihn, wie bekannt, im Jahre 1849 in die Dienste des Fürsten von Thurn und Taxis, für den er hier als Privatkonsulent und zugleich als Kurator und oberster Leiter der „Postzeitung“ fungirte. Ob diese Funktion, welche wenig mit seinen früheren hohen amtlichen Stellungen in Preußen und Meiningen harmonirte, ihm wirklich zusagte, darüber enthalten wir uns für heute eben so jedes Urtheils, wie über die Richtung, welche er, vielleicht wider seine eigene innerste Ueberzeugung, in jenem Blatte seinem früheren Vaterlande Preußen gegenüber zu verfolgen, durch äußere Verhältnisse sich genöthigt sah. Bereits Mitte der dreißiger Jahre bekleidete Hr. v. Wahlkampf bekanntlich das Amt eines Präsidenten der Regierung zu Münster und trat von dort in das Generalpostamt ein; aus der letzteren Stellung wurde er von dem Herzoge von Sachsen-Meiningen zum dirigirenden Minister berufen. Amtliche Konflikte veranlaßten ihn Anfang der vierziger Jahre zum Rücktritt in das Privatleben, bis er die bis zuletzt von ihm versehenen Funktionen für den Fürsten von Thurn und Taxis annahm. Er hinterläßt drei Söhne, von denen zwei in preussischen und einer in österreichischen Diensten sich befinden. Die österreichische Regierung hat ihm in den letzten Jahren den Adel verliehen, wohl als Anerkennung für seine publizistische Wirksamkeit als Leiter der „Postzeitung“. (3.)

**Odenburg, 3. Febr.** [Anrufung des preussischen Seeschutzes.] In dem Art. 1 des bekannten, zwischen Preußen und Odenburg abgeschlossenen Jadertrages vom 20. Juli 1853 stellt Preußen den odenburgischen Seehandel und die odenburgische Seeschiffahrt dergestalt unter den Schutz seiner Kriegsmarine, daß es sich verpflichtet, alle Schiffe, welche odenburgisches Eigenthum sind und unter odenburgischer Flagge fahren, überall eben so zu schützen und zu vertheidigen, wie diejenigen Schiffe, welche preussisches Eigenthum sind und unter preussischer Flagge fahren. Wohl Mancher möchte damals glauben, daß nicht so leicht ein Fall eintreten würde, der Odenburg in die Lage brächte, diesen vertragmäßigen Schutz anzurufen. Ein solcher Fall liegt indeß eben jetzt vor. Als im vorigen Herbst die odenburger Bark „Texas“ in einem heftigen Sturm an der chinesischen Küste total verloren ging, gelang es einem Theil der Besatzung nach unsäglichen Anstrengungen, sich an das Land zu retten. Hier wurden die Leute indeß von den Eingebornen auf eine barbarische Weise gänzlich ausgeplündert, ja nicht einmal ein Theil



der Kleidung wurde ihnen gelassen. Später wurden sie von einem portugiesischen Fahrzeuge aufgenommen. (Wir haben den Vorfall s. Z. mitgeteilt; d. N.) Wie wir vernehmen, hat nun die diesseitige Regierung, auf den Grund obigen Vertrages, den Fall nach von dem betreffenden Konsul darüber erhaltener Meldung, der preussischen Regierung mitgeteilt, und um die Ergreifung derjenigen Maßregeln gebeten, welche Preußen gegenüber einer solchen Barbarei nach Lage der Verhältnisse für rätlich erachten möchte. (W. Z.)

Großbritannien und Irland.

London, 2. Febr. [Die „Times“ über Indien.] In Bezug auf die indischen Angelegenheiten machen sich zwei Wahrnehmungen bemerklich, zunächst die, daß das Interesse des Publikums an ihnen wesentlich abgeschwächt ist, und sodann, daß die letzten Berichte manchen Leuten denn doch nicht so ganz geheimer vorkommen wollen. Es ist jedenfalls patriotisch von der „Times“, ernsthaft gesprochen, daß sie diesen beiden Äußerungen der öffentlichen Stimmung entgegentritt; leider thut sie dies nicht in einer geschickten und überzeugenden Weise. Sie macht im Eingange darauf aufmerksam, daß die Depeschen jetzt viel öfter kämen als sonst und deshalb nicht so interessant sein könnten wie anfänglich, wo Alles auf dem Spiele stand. Der zweite Theil des Artikels ist eine leere Beruhigungsklausel. „Aus keinem Punkte hat der Feind auch nur den geringsten Vortheil errungen“, behauptet die „Times“, „während unsere Truppen gleichzeitig von allen Seiten vordringen, um die Nordwestprovinzen wieder zu okkupiren. Die wahre Schwierigkeit unserer jetzigen Aufgabe liegt in der Eigenthümlichkeit des asiatischen Charakters und in der ungeheuren Ausdehnung des indischen Gebietes. Bis zu der gegenwärtigen Zeit hat uns die nicht überlegende Geistesthätigkeit der Hindus eher genützt als geschadet; eine Zeitlang aber wird diese Eigenthümlichkeit des Nationaltemperaments vielleicht einen Einfluß in der entgegengesetzten Richtung ausüben. Die Hindus scheinen nach allen Seiten hin verblendet zu sein, über das was wirklich und möglich ist, und wie sie nicht sofort durch die uns betreffenden Unfälle aus ihrer Ruhe gestört wurden, so machen unsere Siege keinen sofortigen Eindruck auf sie. Vielleicht ist die Erklärung in der Länge der Zeit zu suchen, welche im Oriente erforderlich ist, um eine einmal vorhandene Organisation über den Haufen zu stürzen. Die Eingeborenen konnten Anfangs kaum glauben, daß eine Macht, welche so lange geherrscht hatte, auch nur gefährdet sein könne. Aber sechs Monate offener Anarchie brachten doch zuletzt eine Art Wirkung hervor, und wenn auch seitdem die Ursache gehoben worden ist, so werden wir doch die Folgen vielleicht noch verspüren“, so weit das Blatt. Andere Leute behaupten nun zwar, daß allein die Eroberung von Audd ein Paar Jahre und Hunderttausende Kosten werde und selbst dann noch zweifelhaft sei: daß die „Times“ sich nicht zum Dolmetscher dieser Besorgniß macht, kann ihr am Ende Niemand verdenken. (W. Z.)

[Die Fluchlinge; Denkmal für Havelock; der „Leviathan.“] Der „Globe“ schreibt: „Unsere Entdeckungsbeamten sollen ausfindig gemacht haben, wo die Verschwörer einen Theil ihres Planes zur Reife brachten. Der verdächtige Punkt ist in der Nähe von Leicester-Square und die Gefährten derjenigen, die sich jetzt in Haft befinden, stehen unter der strengsten Ueberwachung von Mitgliedern unserer Polizei, denen sie bekannt sind, so wie von einigen französischen Polizisten, die nach dem Attentate herüberkamen und noch in London verweilen.“ — Es ist eine Subskription eröffnet worden, um dem General Havelock ein Denkmal zu setzen. Dasselbe wird, wie man glaubt und wünscht, auf Trafalgar-Square, dem Monumente Sir Charles Napier's gegenüber, zu stehen kommen. — Bei dem vorgestrigen Stapellauf des „Leviathan“ that die Fluth das Weisste. Als das Schiff unter dem Jubelruf einer zahllosen Menschenmenge, die den Fluß und beide Ufer bedeckte, zum Schwimmen gebracht war, zogen es vier Dampfer nach dem für dasselbe bestimmten Ankerplatze, wo seine innere Ausstattung vollendet werden soll. Die ganze Operation war mit großer Umsicht geleitet worden; es ist auch nicht der geringste Unfall vorgekommen, obgleich der Fluß weit und breit mit Rähnen bedeckt war.

[Die indische Bill.] Mit Bezug auf die indische Bill sagt der ministerielle „Observer“, es seien von den Gegnern der Regierung sehr viele falsche Angaben über dieselbe ausgebreitet worden, und sie sei noch gar nicht endgültig redigirt. „Die Feinde der Bill“, sagt das erwähnte Blatt, „haben vor der Zeit darüber geschrien, daß das Recht der Stellenvergebung in Indien dem Ministerium anheimfallen solle. Sie werden in dieser Hinsicht arg enttäuscht werden, und sie werden verstummen müssen, wenn sie sehen, daß die Regierung höhere und vielleicht auch patriotischere und praktischere Pläne hegt, als den, ein Seapostheer mit Offizieren zu versehen.“

Frankreich.

Paris, 2. Febr. [Der Text des Repressivgesetzes.] Dem gesetzgebenden Körper wurde gestern die mit so großer Spannung erwartete Vorlage über das im Staatsrathe diskutierte Repressivgesetz vorgelegt, dessen Text folgendermaßen lautet: Art. 1. Mit Gefängniß von 2 — 5 Jahren und mit einer Strafe von 500 — 10,000 Franken wird jedes Individuum bestraft, das öffentlich auf irgend welche Weise, auch wenn diese Provokation keinen Erfolg hat, zu den Verbrechen provozirt, welche nach den Artikeln 86 und 87 des Code pénal strafbar sind. Art. 2. Mit Gefängniß von einem Monate bis zu 2 Jahren und einer Strafe von 500 — 2000 Franken wird jedes Individuum bestraft, das zum Zwecke, den öffentlichen Frieden zu stören, oder Haß oder Verachtung gegen die Regierung des Kaisers zu erregen, mandorirt oder Einverständnis, sei es im Innern, sei es im Auslande, unterhalten hat. Art. 3. Jedes Individuum, welches ohne gesetzliche Autorisation fabrizirt, vertrieben oder vertheilt hat: 1) explodirende oder anderweitige Mordmaschinen, 2) Knallpulver (poudre fulminante), wie auch die Komposition desselben sein mag, wird mit Gefängniß von 6 Monaten bis 5 Jahren und einer Geldbuße von 50 — 3000 Franken bestraft. Diefelbe Strafe ist anwendbar auf Jeden, der sich, ohne autorisirt zu sein, die eben spezifizirten Objekte hält oder bei sich führt. Diese Strafen sind ohne Präjudiz derjenigen verfügt, welche die Schuldigen als Urheber oder Mitschuldige aller anderen Verbrechen oder Vergehen sich zuziehen können. Art. 4. Die durch Anwendung vorstehender Artikel verurtheilten Individuen können ganz oder theilweise während einer Dauer der dem verfügten Gefängniß gleichen Zeit, der in Art. 42 des Strafgesetzbuches erwähnten Rechte verlustig erklärt werden. Art. 5. Jedes Individuum, das wegen des einen oder des anderen der vorgedachten Vergehen durch gegenwärtiges Gesetz verurtheilt ist, kann nach Maßgabe der allgemeinen Sicherheit in einem der Departements des Kaiserreichs, oder in Algerien internirt, oder aus französischem Gebiete ausgewiesen werden. Art. 6. Diefelben Maßnahmen allgemeiner Sicherheit können auf die Individuen angewendet werden, welche wegen vorgedachter Verbrechen und Vergehen verurtheilt sind: 1) durch die Artikel 86 — 101 133, 154 §. 1, 209 — 211, 213 — 221

des Strafgesetzbuches; 2) durch die Artikel 3, 5, 6, 7, 8 und 9 des Gesetzes vom 24. Mai 1834 über Waffen und Kriegsmunition; 3) durch das Gesetz vom 7. Juni 1848 über Zusammenrottungen; 4) durch die Artikel 1 und 2 des Gesetzes vom 27. Juli 1849. Art. 7. Jedes Individuum, das aus Maßnahme allgemeiner Sicherheit bei Gelegenheit der Ereignisse im Mai und Juni 1848, im Juni 1849, oder im Dezember 1851, sei es verurtheilt, internirt, ausgewiesen oder transportirt, und das durch gewichtige Thatsachen von neuem als gefährlich für die öffentliche Sicherheit bezeichnet wurde, kann in alle Departements des Reichs internirt oder des Landes verwiesen werden. Art. 8. Jedes Individuum, das in Algerien internirt oder des Landes verwiesen wurde, und das ohne Autorisation nach Frankreich zurückkehrt, kann nach einer Strafkolonie, sei es in Algerien oder in einer anderen französischen Provinz, gebracht werden.

[Eine Ministerrede; Prinz Dittajano.] Der „Moniteur“ theilt die Rede mit, welche der Unterrichtsminister im Circus bei der Preisvertheilung der polytechnischen und philotechnischen Gesellschaften hielt. Zu dieser Festlichkeit hatten sich mehr als 5000 Personen eingefunden. Der Minister verbreitete sich über die Solidarität aller Gesellschaftsklassen und das Zusammenwirken zahlreicher Privatvereine in diesem Sinne und im Geiste allgemeiner Bruderliebe. Zuletzt kam ein Hinweis auf das Altentat, und eine Ermahnung, Alles zur Aufrechterhaltung der Ruhe, Ordnung, Sicherheit, des Vertrauens und Credits beizutragen, weil sonst auch Industrie und Handel zu Grunde gehen müßten. Am Schlusse heißt es: „Das ganze Volk hat sich erhoben, um die Meuchelmörder zu brandmarken; es würde sich auch erhoben haben, um das Kind zu schützen, welches der Erbe des größten volksthümlichen Namens der modernen Zeiten ist.“ — Der Prinz Dittajano ist gestern hier angekommen und wird morgen dem Kaiser das eigenhändige Schreiben des Königs von Neapel übergeben. Man hofft, dieser Schritt der sicilianischen Majestät werde die beiden Regierungen doch einander näher bringen. Eine solche Annäherung wäre um so wünschenswerther, als eine Ausgleichung zwischen Sardinien und Neapel nicht früher zu erwarten sein wird. Die Spannung zwischen Neapel und Turin ist nämlich so weit gediehen, daß man stündlich einem Bruche entgegensehen darf.

[Tagesbericht.] Dem „Nord“ wird geschrieben, der Kaiser wünsche, daß die fünf höheren Befehlshaber in der Provinz ein großes Haus machen sollen; er bewillige jedem derselben deshalb 100,000 Fr. Repräsentationsgelder; auch ein zahlreicher Stab werde ihnen beigegeben werden. — Durch kaiserliches Dekret ist Msgr. Mobile, Bischof von Saint-Claude, zum Bischof in Versailles an des verstorbenen Msgr. Gros Stelle, und der Abbé Fillion, Generalvikar in Le Mans, zu Msgr. Mobile's Nachfolger im Bisthum Saint-Claude ernannt worden. — Herr Gabriel Dessefert, Polizeipräsident unter Louis Philipp, ist gestern begraben worden. Derselbe war 1848 beim Ausbruche der Februarrevolution mit diesem Posten betraut und hatte den Ruf eines sehr geschickten Administrators und eines geistreichen und witzigen Mannes. Seit 1848 bekleidete er keinen öffentlichen Posten mehr. — Dem Vernehmen nach werden die Pariser Neuwahlen erst dann statthaben, wenn der Senatus consultus über den von den Kandidaten zu leistenden Eid votirt worden ist. — Aus Algier wird gemeldet, daß der englische Konsul, Herr Bell, am Vermählungstage der Prinzess Royal mit dem Prinzen Friedrich Wilhelm ein glänzendes Diner gegeben hat, an dessen Schluß auch ein Toast auf den Kaiser der Franzosen und seine glückliche Errettung ausgetraut wurde. — Der „Ind. Belge“ wird von hier geschrieben, daß zwei Mitschuldige des Attentates vom 14. Jan., ein Franzose und ein Ausländer, die sich bei dem Mordanfälle an Ort und Stelle befanden, aus Frankreich und aus den Händen der Justiz entkommen seien. Auch unter den Verwundeten sind einige, gegen die man starken Verdacht der Mithäuf begt. — Man sagt, der Kaiser habe die Erziehung des Sohnes von Pierri übernommen, da derselbe von seinem Meister fortgeschickt worden sei.

[Neuentdeckter Planet.] In Nimes ist in der Nacht vom 24. auf den 25. Jan. durch einen Freund der Himmelskunde, den Kontrolleur des Garantie-Bureaus, Hrn. Laurent, ein neuer kleiner Planet, der 51., entdeckt und vom Direktor der Marceller Sternwarte, Hrn. Valz, „Remausa“ getauft worden.

[Die Regentschaft.] Im Senate nahm heute der Staatsminister Fould auf der Bank der Regierungskommissäre Platz und ergriff in folgender Weise das Wort (s. d. gestr. tel. Dep.): „Meine Herren Senatoren! Der Kaiser hat mir Befehl erteilt, Ihnen folgende Botschaft zu überbringen: „Meine Herren Senatoren! Der Senatsbeschuß vom 17. Juli 1856 läßt eine Ungewißheit, die ich sortan zu heben nächst erachte. In der That überträgt derselbe die Regentschaft der Kaiserin oder, bei deren Nichtvorhandensein, den französischen Prinzen nur alsdann, wenn der Kaiser durch öffentlichen oder geheimen Akt nicht anderweitig darüber verfügt hat. Ich glaube, dem öffentlichen Wunsche zu entsprechen, wenn ich zugleich meinen Gefühlen hohen Vertrauens zu der Kaiserin Folge leiste, wenn ich sie zur Regentin ernenne. Von denselben Gefühlen bewogen, ernenne ich für den Fall ihres Nichtvorhandenseins zu Nachfolgern derselben in der Regentschaft die französischen Prinzen nach der Ordnung der Thronfolge. Auch habe ich den Schwankungen, welche in Bezug auf den Regentschaftsrath die durch Art. 18 des Senatsbeschlusses vom 17. Juli gelassenen Alternativen herbeiführen können, zuvorkommen wollen. Zu dem Zwecke habe ich einen geheimen Rath eingesetzt, welcher, mit Hinzuziehung der beiden dem Throne nach der Ordnung der Thronfolge zunächst stehenden französischen Prinzen, schon durch die bloße Thatsache, daß der Kaiser minderjährig zur Regierung gelangt, Regentschaftsrath wird, wofern ich in jenem Augenblicke nicht durch öffentlichen Akt einen anderen ernannt habe. Dieser geheime Rath, welcher aus Männern meines Vertrauens zusammengesetzt ist, soll um die großen Staatsangelegenheiten um Rath gefragt werden und sich durch das Vertrauensmachen mit den Pflichten und Erfordernissen der Regierung auf die wichtige Rolle, welche die Zukunft ihm vorbehalten kann, vorbereiten. Indeß bitte ich Gott, daß er Euch in seinen gnädigen Schutz nehmen wolle. Im Schlosse der Tuilerien, am 1. Febr. 1858. Napoleon.“

Die Botschaft ist begleitet von einem Patentbriefe, welcher also lautet: „Napoleon, von Gottes Gnaden und durch den Willen der Nation Kaiser der Franzosen. Allen, welchen Gegenwärtiges zu Gesichte kommt, Unseren Gruß. Da Wir sortan die Ungewißheiten, welche aus dem Senatsbeschlusse vom 17. Juli 1856 herporgehen, beseitigen und Unserer geliebten Gemahlin, der Kaiserin Eugenie, Beweise Unseres hohen Vertrauens, das Wir auf dieselbe setzen, erteilen wollen, so haben Wir beschlossen, ihr zu übertragen und übertragen ihr durch Gegenwärtiges den Titel Regentin, damit sie besagten Titel tragen und die Befugnisse desselben von dem Tage an, wo der Kaiser minderjährig zur Thronfolge gelangt, ausüben möge, dies alles jedoch den Bestimmungen des Senatsbeschlusses gemäß. Wir beauftragen Unseren Staatsminister, von gegenwärtigem Briefe Unserem Siegelbewahrer Mittheilung zu machen, damit derselbe in das Gesetzbulletin aufgenommen werde, so wie auch den Präsidenten des Senates, des gesetzgebenden Körpers und des Staatsrathes. Gege-

ben in Unserem Schlosse der Tuilerien, am 1. Febr. 1858. Napoleon. Im Auftrage des Kaisers, der Staatsminister Achille Fould.“

Nach Mittheilung dieser Botschaft legte der Staatsminister den Senat von dem Dekrete über den Geheimen Rath in Kenntniß. Dasselbe lautet: „Napoleon III. u. s. w., haben beschlossen und beschließen, wie folgt: Art. 1. Es wird ein Geheimer Rath eingesetzt, welcher unter des Kaisers Vorsteh zusammenzutreten wird. Art. 2. Der Geheimer Rath wird unter Hinzuziehung der beiden nach der Thronfolgeordnung nächsten französischen Prinzen, Regentschaftsrath in dem Falle, daß der Kaiser nicht durch öffentlichen Akt einen anderen ernannt haben sollte. Art. 3. Mitglieder des Geheimen Rathes sind: Se. Eminenz der Kardinal Morlot, Se. Erz. der Marschall Herzog von Malakow, Se. Erz. Herr Achill Fould, Se. Erz. Herr Troplong, Se. Erz. der Graf Moray, Se. Erz. Herr Baroche, Se. Erz. der Graf v. Persigny. Art. 4. Unser Staatsminister ist mit Ausführung des gegenwärtigen Dekrets beauftragt. Gegeben im Schlosse der Tuilerien, am 1. Febr. 1858. Im Auftrage des Kaisers der Staatsminister Achille Fould.“

Unter wiederholten Lebehochrufen auf den Kaiser wurde diese Mittheilung vom Senate vernommen. Hierauf nahm der Präsident das Wort und sprach: „Der Senat giebt Akt von der Vorlage der ihm mitgetheilten Aktenstücke und ordnet gemäß Art. 7 des Senatsbeschlusses über die Regentschaft an, daß die Botschaft, so wie die derselben beigegebenen Aktenstücke, nämlich der Patentbrief und das Dekret über Ernennung des Geheimen Rathes, in den Archiven niedergelegt werden sollen.“ Auf diese Worte folgte von Neuem der Ruf: „Es lebe der Kaiser!“

Niederlande.

Haag, 29. Jan. [Unterseeische Telegraphenlinie in den niederländisch-ostindischen Besitzungen; Unglücksfälle.] Unsere Regierung hat dem englischen Ingenieur Giesborne Konzession erteilt für die Herstellung einer unterseeischen Telegraphenlinie in den niederländisch-ostindischen Besitzungen. Die Linie soll von Singapur ausgehen, an vier bis sechs Punkten, deren letzter Timor ist, die Küsten unserer Kolonien berühren, und von Timor bis Australien, zunächst Melbill's-Inseln, verlängert werden. Die Kosten der Anlage, welche Herr Giesborne zu bestreiten hat, werden auf etwa fünf Millionen Gulden geschätzt. Dafür erhält er auf 90 Jahre das Recht, die Linie für seine Rechnung auszubeuten, und an den erwähnten Küstenpunkten Telegraphen-Bureaus zu errichten. Der niederländischen Regierung bleibt es vorbehalten, Zweiglinien nach allen Theilen ihrer Besitzungen in Verbindung mit der Hauptlinie anzulegen, so wie sie auch das Recht hat, die ganze Linie nach 25 Jahren gegen eine bestimmte Summe als Eigenthum zu erwerben. Hr. Giesborne ist bereits im Besitze einer Konzession des ägyptischen Vizekönigs für die Anlage einer Telegraphenlinie zwischen Alexandria und Suez, so wie des Sultans für die Herstellung einer unterseeischen Linie durch das Rote Meer und längs der südsüdlichen Küste Arabiens, bis Hyderabad am Indus. Auch auf dieser Strecke soll die Linie an bestimmten Punkten die Küste berühren. Von Hyderabad aus bis Singapur übernimmt die englisch-indische Regierung die Anlage einer Telegraphenlinie, insofern dieselbe nicht bereits besteht, während auch die Verlängerung der Linie von Melbill's-Inseln nach den Hauptniederlassungen Australiens in Aussicht steht. In letzteren ist das Interesse für die Herstellung dieses Verbindungsmittels mit Europa so groß, daß man von dort aus dem Herrn Giesborne eine Garantie der Zinsen des Kapitals, welches für die Anlage der Linie zwischen Singapur und Melbill's-Inseln nötig sein wird, angeboten hat. — In Antwerpen hat sich wieder ein Kind, das mit Streichhölzchen in Abwesenheit der Mutter spielte, lebensgefährlich verbrannt. — Bei Gemüth unweit Mecheln wurde am 25. d. bei dem von Antwerpen 4 1/2 Uhr abgegangenen Zuge einem Zugführer, der den Kopf aus dem Wagen steckte, während der Extrazug rasch in entgegengesetzter Richtung vorüberlief, der Kopf erfaßt und vom Rumpfe gerissen. (R. Z.)

Haag, 31. Januar. [Der Vertrag mit Japan.] Wie man vernimmt, hat die Unterzeichnung und Auswechslung des am 30. Januar 1856 zwischen Holland und Japan abgeschlossenen Vertrages am 16. Oktober v. J. stattgefunden. Die Zusatzartikel, durch welche derselbe bei dieser Gelegenheit ergänzt worden ist, enthalten folgende wesentliche Bestimmungen: Die Häfen von Nangasaki und Hakodadi, welche den Holländern bisher nur unter lästigen Beschränkungen zugänglich waren, werden denselben geöffnet, und zwar der erstere sofort, der andere zehn Monate nach Unterzeichnung des Vertrags. Ueber die Öffnung des Hafens von Simoda soll später unterhandelt werden, eben so wie über die Feststellung eines Zolltarifs, bis wohin die gegenwärtige Erhebung von 35 Prozent aus dem Ertrage der verkauften Waaren in Kraft bleiben wird. Die japanische „Geldkammer“ vermittelt die Ausgabe und Verwechslung von Papiergeld zwischen den Kaufleuten beider Nationen. Ferner soll man, wie es heißt, sich über folgende Punkte geeinigt haben: Zulassung der japanischen Kaufleute in Decima; Errichtung einer Börse und eines Bajars zu Hakodadi; freie Gemeinschaft der Holländer und der Schiffsequipagen anderer Nationen, mit denen die japanische Regierung Verträge abgeschlossen hat; vollständige Freiheit des holländischen Kommissärs, sich zur Betreibung von Unterhandlungen nach der Residenz des japanischen Gouverneurs zu begeben; freie Ausübung des Gottesdienstes; Ausfuhrverbot von japanischer Münze, so wie von unbearbeitetem Gold und Silber; Einfuhrverbot von Opium und endlich über den Vorbehalt zu Gunsten der Regierung von Japan, Kupfer in Stäben auszuführen. Die Ratifikation der Zusatzartikel muß binnen einem Jahre stattgefunden haben. (R. Z.)

Belgien.

Brüssel, 31. Jan. [Preßprozeß.] Die Anklagekammer des hiesigen Appellhofes hat den Antrag bestätigt, durch welchen die verantwortlichen Drucker oder Verleger der Journale „Le Crocodile“ und „Le Drapeau“ vor die Jury des Assisenhofes von Brabant verwiesen werden. Der Anklageakt, der bereits entworfen ist, lautet auf Beleidigung gegen die Person des Kaisers der Franzosen. Der Prozeß wird wahrscheinlich in der Mitte Februars vor dem Assisenhofe von Brabant zur Verhandlung kommen und der Generalprokurator, Herr v. Bavaat, die Anklage führen.

Schweiz.

Bern, 31. Jan. [Die Strohhfabrikation; Vorgänge in Genf; franz. Note; konfessionelle Streitigkeiten in St. Gallen.] Aus Freiburg kommen Klagen über den schlechten Gang der Strohhfabrikation, die bekanntlich in einem Theile dieses Kantons eine Hauptquelle des Verdienstes ist. Es fehlen die Bestellungen, und die Preise haben in einer Weise abgeschlagen, daß sie mit der Arbeit in keinem Verhältnisse stehen. Eine große Zahl von Familien sind dadurch dem Mangel preisgegeben. Es hat sich aber in Folge dessen hier wie anderwärts ein noch bedenklicheres soziales Gebrechen herausgestellt. Durch den Gewinn aus dieser Industrie während der letzten Jahre verlockt, haben viele Familien ihre Kinder von der Schule abgelenkt, um ihre Hände bei dieser einträglichen Arbeit zu beschäftigen, resp. nutzbar zu machen. So kommt es denn, daß Mädchen in schon vorgerücktem Alter, Familienmütter jede andere Arbeit, jeden andern Wissenszweig vernachlässigt haben. Unbrauchbar für landliche Arbeiten, sogar für die unentbehrlichsten Geschäfte im Hauswesen, sind diese Leute dann bei jeder Krise zum Müßiggang und folglich zum Elende verdammt. Die gegenwärtige Krise stellt diese Schattenseiten der „blühenden“ schweizerischen Industrie an vielen Orten recht scharf heraus. — In Genf sind die Eifersüchtigeren noch immer nicht mit der Art und Weise veröhnt, (Fortsetzung in der Beilage.)



wie man sich gegen den Druck der Industriekrise zu helfen gesucht, und zwar nicht wegen des dabei konkurrierenden Geldes des Staates (im Gegentheil hätte man ein einfaches Geschenk für besser gehalten), als wegen der Konsequenzen, welche die Urheber der getroffenen Maßregel daraus zu ziehen sich offen schmeicheln. Man weiß nun einmal, an wen man sich in ähnlichen Fällen zu wenden hat, und wird dies nicht vergessen. Es ist eine interessante Beobachtung, wie der Senfer Radikalismus allmählig auch auf diesen Weg des praktischen Sozialismus getrieben wird, gegen den er sich früher lange gestäubt hat. Man weiß, daß seiner Zeit die Herren Jazy und Galer, letzterer ein bekannter Sozialist, keineswegs Freunde gewesen, und selbst bei dieser Gelegenheit noch hat Herr Jazy seine Laune über die sozialistischen Schulen ausgegossen, wahrscheinlich in der selbstsamen Meinung, daß in seinen Händen die Maßregel den Charakter verliere, den sie bei einem Andern hätte, oder um vergessen zu machen, daß man jetzt auf dem eigenen Paradiesboden sich Prinzipien nach und nach geltend machen lassen, die man einst mit den Waffen der Leidenschaft und des Spottes bekämpft hat. — Im Vorwort von Glarus wurde der in das neue Landbuch nicht aufgenommene alte Buchartikel wieder in Kraft erklärt. Bei dieser Gelegenheit zeigte sich auch einige originelle Animosität gegen die Bank, weil sie mehr als 5 Proz. Zinsen für Anleihen gefordert habe. — Unsere offiziellen Blätter bemühen sich sichtbar, die in Bern eingetragene französische Note als nicht so ernst erscheinen zu lassen, wie sie es nach anderen Blättern sein soll, da letzteres wenig zu ihrer Absicht paßt, Alles von Paris kommende im freundlichsten Lichte erscheinen zu lassen. — Der konfessionelle Streit in St. Gallen gewinnt an Ausdehnung und Wichtigkeit. Ein Memorial des Bischofs gegen das konfessionelle Gesetz vom 16. Juni 1855 an den Großen Rath verlangt die Revision jenes Gesetzes, und stellt Forderungen, welche dem Staate alle jura circa sacra entziehen würden. (3.)

Italien.

Rom, 26. Januar. [Zur Vermählungsfeier; Freisprechung.] Die hohe Vermählungsfeier, deren halbes das preussische Vaterland gestern ein Sonntagsfest trug, wurde auch für die hier ständig lebenden oder sich nur als Reisende aufhaltenden Preußen der Anlaß zu einem nationalen Feste. Denn der k. Ministerpräsident Hr. v. Neumont, welcher bei der noch fortdauernden Abwesenheit des hiesigen preussischen Gesandten dessen Ersatz vertrat, hatte die Landesleute zu einem großen Mahl aus Kapitäl nach Palazzo Caffarelli geladen. Um 6 Uhr Abends waren alle bei einander, die angenehmste Unterhaltung und Stimmung, die Hr. v. Neumont beim Beginne des Dinners mit seinem gesellschaftlichen Takte angab, dauerte bis zu Ende der Tafel. Im Augenblicke aber, wo er mit den Festgenossen auf die Vermählung Sr. R. S. des Prinzen Friedrich Wilhelm von Preußen mit der Prinzessin Victoria das erste Hoch ausbrachte, da stammte der ganze Theil des Kapitöls, welchen das preussische Gesandtschaftshaus mit seinen Nebengebäuden einnimmt, in feistlicher Beleuchtung auf, über die ewige Stadt einen weiten Zauberschein hinbreitend. Erst spät verließ man den Festsaal. — Das französische Kriegsgericht ist in seinen Urtheilen in letzter Zeit sehr mild geworden. Indem ich andere minder erhebliche Fälle übergehe, erwähne ich nur einer Entscheidung Betreffs eines begangenen Mordes. Ein französischer Artillerist war von der Engelsburg in eine nahe Oesterie gegangen, um zu Abend zu essen. Am nächtlichen Tische saß ein römischer Handwerker mit seiner jungen hübschen Frau, ebenfalls beim Essen. Der Franzose scherzte mit der ihm gegenüberstehenden, welche alsbald mit ihrem Manne aufstand und davonging. Der Soldat folgte, Vorübergehende fanden ihn kurz darauf unweit der Oesterie erschossen. Der Verdacht der Missethat fiel natürlich auf den Chemann; er wurde eingezogen und zum Tode verurtheilt. Doch leugnete er standhaft, auch seine Frau, und der Verurtheilte appellirte gegen die Todesstrafe. Das französische Appellationsgericht aber sprach ihn frei, weil keine überzeugenden Beweise gegen ihn da seien. (W. 3.)

Rußland und Polen.

Petersburg, 28. Jan. [Tagesbericht.] Der „Invalide“ bespricht das Attentat auf den Kaiser Napoleon, und zwar wendet er seine Aufmerksamkeit hauptsächlich auf das englische Mysterium, dessen Aufhören er als eine Nothwendigkeit ansieht. — Die verwitwete Kaiserin hat an die verwitwete Generalin v. Bielinghoff, welche lange Jahre hindurch dem Institut der adeligen Fräulein in Dissa vorstand, ein ungemein hübsches Schreiben, begleitet von einem kostbaren Geschenk, gerichtet, in welchem sie dieselbe auf ihre Bitten von dieser Stellung entbindet und sie deren Tochter überträgt. „Unter Ihrer Leitung“, heißt es u. A. in diesem Schreiben, „würde das Institut eine Pflanzstätte vieler edlen Jungfrauen, welche in das Familienleben des südlischen Rußland die besten Früchte des Weibes bringen und sie den kommenden Geschlechtern übergeben.“ — Der außerordentliche Gesandte Baron Sudberg in Wien hat den Wladimirorden, der belgische Fürst Chimay den Alexander-Newskijorden erhalten. — Vom 1. Februar an erscheint hier ein humoristisches Blatt, das erste Unternehmen dieser Art, unter Redaktion der Herren Plüchard und Origoiriff, dessen Prospekt eben ausgegeben worden ist. — In einem neuem Briefe aus Trapezunt wird der „Nordischen Biene“ berichtet, daß der Sklavenhandel aus Cirkassen nach Konstantinopel so großartig wie je betrieben werde. Die Schließung der Häfen des Schwarzen Meeres wird diesem Unwesen zweifelsohne ein Ende machen. — Nach Mittheilung einer andern russischen Zeitung sind schon im Jahre 1855 aus Tobolsk alle dort vorräthigen Geschütze, deren es eine bedeutende Anzahl gab, nach Sibirien und dem Amur gebracht worden. Der Patriotismus der Bevölkerung war so groß, daß für den Transport durchaus keine Bezahlung genommen wurde.

Dänemark.

Kopenhagen, 30. Januar. [Der neue Armeeplan], den der Kriegeminister dem Reichsrathe vorgelegt hat, stellt sich als Aufgabe, es künftighin möglich zu machen, daß eine bedeutende Infanteriestärke entwickelt werden könne, ohne daß dieser eine in demselben Grade starke Kavallerie und Artillerie zur Seite gestellt werde. Der neue Plan wird es möglich machen, in sehr kurzer Zeit 50–60,000 Mann zu sammeln, welches gar nicht einmal übertrieben viel ist, da die Anzahl der Mannschaft in der Altersklasse zwischen 22 und 30 Jahren 1855 152,320 Mann betragen hat. Während bei dem Armeeplane von 1842 zu je 1000 Mann Infanterie 1/2 Stück Geschütze und die Kavallerie zu 1/3 oder 1/4 der Stärke der Infanterie veranschlagt war, wird in dem vorliegenden Plane die Kavallerie zu 1/3 der Infanterie und nur 2/3 Stück Geschütze zu 1000 Mann Infanterie und zu je 4 Geschützen 100 Mann Kavallerie berechnet. Die Organisation der Infanteriebataillone soll der Art sein, daß in Kriegzeiten aus jedem einzelnen 2 Bataillone, jedes mit einer Kriegsstärke von 800 M., Unteroffiziale und Gemeine entwickelt werden können. Daburch würde in Kriegzeiten die Stärke der Infanterie, incl. die Kommandirenden, 39,000 Mann sein. Die Garde zu Fuß wird nur zu einem Feldbataillon veranschlagt. Im Frieden soll die Zahl der Bataillone 22 sein, also im Kriege 44. Hiermit würde eine Kavalleriestärke von 4300 Mann stimmen, welche erreicht wird, wenn die jetzigen 6 Kavallerieregimenter und die Garde-Eskadron zu einer Stärke von 150 Mann per Eskadron gebracht werden. Die Artillerie soll 120 Kanonen besitzen, also 15 Batterien je mit 8 Stück Geschütze. Die Ingenieurtruppen sollen vermehrt werden, indem die Errichtung einer dritten Kompagnie vorgezogen wird. In Kriegzeiten würden demnach 6 Sappeur-Kompagnien gebildet werden können, die zusammen mit der Pontonnier-Kompagnie der Artillerie etwa 800 Mann ausmachen würden. In der Art würde eine Kriegsstärke von 50,000

M. entwickelt werden können, die, indem die Bataillone auf 1000 M. und die Eskadron auf 180 M. Gemeine und Unteroffiziale gebracht werden, noch um 10,000 Mann vermehrt werden kann. Die ergebende Stärke wird mit der 34jährigen Mannschaft zu Wege gebracht, die leistungsfähigste wäre die 18jährige und einen Theil der 10jährigen erfordern. Die Dienstzeit wird, mit Ausnahme der Garde, ungefähr dieselbe wie jetzt sein, nur die Unteroffiziale erhält eine Erleichterung, da ihre Dienstzeit verringert werden soll. Nach dem jetzigen Plane soll diese ein Jahr länger als die Gemeinen in Dienste bleiben, wobei man jedoch nicht den dabei vor Augen gehaltenen Zweck erreicht hat. Ein großer Theil der Unteroffiziere soll Befehlshaber von Bataillonen aus dieser Klasse genommen werden. In Betreff der Anzahl der Bataillone hat man daran gedacht, wie groß der Anspruch ist, den die Kriegserformation in dieser Beziehung macht, und inwiefern dieser durch Reservekommandirende genügt werden kann. Der einzige feste Stamm in der Armee wird das in den Kadres stehende Personal der Kommandirenden sein. Die Einteilung des Generalkommandos ist beibehalten, wogegen die Brigade-Einteilung wegfällt und die Brigade-Kommandeure vom General-Inspektur ersetzt werden. Die Distinktion zwischen Oberst und Oberstlieutenant fällt weg. Die Unteroffiziere werden in 4 Klassen, 1) Unterlieutenants, 2) Oberlieutenants, 3) Sergeanten und 4) Korporale getheilt. Die Stärke eines Bataillons in Kriegzeiten ist veranschlagt zu 1 Bataillons-Kommandeur, 4 Kompagnie-Kommandeure, 13 Lieutenants, von denen 4 Unterlieutenants, 45 Unteroffiziere, 17 Stellvertreter, 80 Unteroffiziale und 720 Gemeine. Die Anzahl Offiziere und Unteroffiziere, die in Kriegzeiten für nothwendig gehalten wird, um in Kriegzeiten diese Stärke zu sammeln, wird zu resp. 488 und 1238 veranschlagt. In Friedenszeiten ist die Zahl der Offiziere per Bataillon mit 21, die Unteroffiziere mit 54 und 17 Stellvertreter berechnet. Die planmäßige Stärke der Infanterie-Offiziere wird nach dem neuen Plane: 1 General, 22 Oberste, 24 Majore, 91 Kapitane erster und 46 Kapitane zweiter Klasse und 304 Lieutenants; nach dem Plane von 1842 ist sie dagegen 4 Generale, 22 Oberste und Oberstlieutenants, 23 Majore, 69 Kapitane erster und 22 Kapitane zweiter Klasse und 275 Lieutenants, folglich wird die Generalanzahl mit 3 vermindert, dagegen die Offiziersstärke mit 1 Major, 22 Kapitane erster und 24 Kapitane zweiter Klasse und 29 Lieutenants vermehrt. Zur Besetzung der Infanterie-Offiziersstellen bei Besetzung der Armee auf den Kriegsfuß werden 176 Reserveoffiziere erforderlich sein. Diese Anzahl will man suchen dadurch zu schaffen, daß jährlich bei jedem Bataillon 2 Reserve-Offiziere ausgebildet werden, welche beweisen können, daß sie befähigt sind, Offiziere zu werden. Diese Offiziere sollen in einer Schule in Kopenhagen gesammelt werden, wo sie die nötige Bildung erlangen, um in Kriegzeiten als Bataillonskommandeure zu dienen; sie haben zwei Exerzierzeiten durchzumachen, und werden nur in Kriegzeiten und für die Dauer derselben zu Offizieren ernannt. Jedes Jahr sollen an Gemeinen 240 per Bataillon einberufen werden, die am 14. Juni sich stellen müssen und eine Rekrutenschule durchmachen, die bis zum 8. August dauert. Die Exerzierzeit ist vom 3. bis zum 22. Sept. festgesetzt, worauf die ältere Mannschaft und nur die Ausprobirung desselben Jahres zum Dienst zurückkehrt. Von dieser Stärke werden ferner am 23. Nov. so viele permissirt, daß die Stärke der Bataillone nur 160 Mann ist.

Türkei.

Pera, 22. Jan. [Ein Theaterbesuch des Sultans.] Viel Aufsehen machte die vor Kurzem abgehaltene außerordentliche Theatervorstellung, welcher der Sultan nebst seinen Söhnen und seinem ältesten Bruder bewohnte. Da dies eines der seltensten Ereignisse ist, so dürfte es nicht uninteressant sein, einige Details darüber zu erfahren. Schon von 4 Uhr Nachmittags an erfüllte an diesem Tage eine beträchtliche Menschenmenge die Plaza vom Galata-Serat bis zum Taksim, wo ein geschmackvoller Triumphbogen errichtet war, der im grünen Frühlingsdämmerung prangte, trotz dem eigenen Winde, der der harrenden Menge um die Ohren pffiff. Außer Guirlanden und Kränzen zierten denselben auch noch Flaggen und Fahnen aller Nationen und natürlich prangten hoch oben in der Mitte die Insignien des Reiches. Schon vom frühesten Morgen war unter starker Polizeibesatzung eine Menge Hamals beschäftigt, die Straßen von der enormen Kohlenmenge zu befreien, und so schwierig eine solche Aufgabe auch immer sein mochte, sie wurde nichtsdestoweniger aufs Beste ausgeführt, so daß nicht mit Unrecht der Wunsch allgemein laut wurde, diese Maßregel auf allgemeine Anstalten für die Dauer einzuführen. Der Sultan konnte somit die Hauptstraße nur im besten Lichte sehen, um so mehr, da dieselbe seit kurzer Zeit eine großartige Metamorphose erlitten hat. Das neue Straßenpflaster „a la francaise“, die Gasbeleuchtung, die vielen neuen Steinhäuser, von denen manche mit dem stolzen Namen „Palast“ sich brüsten, die reich ausgestatteten Magazine und Gewölbe, dann das Theater kaum selbst, dessen Fassade in einem Feuermeer von Gasflammen schwamm, Alles dies mußte dem Beherrscher der Moslims selbst den furchtbaren Kontrast von Diesseits und jenseits des goldenen Horns, noch mehr aber von Scutari und Pera bemerklich machen; denn trotz der großen Fortschritte, welche die abendländische Kultur in der „Frankenstadt“ bis jetzt gemacht hat, jenseits des Bosphorus hat dieselbe noch keinen Fuß breit Terrain gewonnen, wenigstens nicht der Art, daß es merklich in die Augen fiel. Als der Sultan an der Artilleriekaserne erschien, standen die Truppen unter den Waffen, ein Gleiches war am Triumphbogen selbst der Fall und im wahren Triumphzuge kam der Großherr um 5 Uhr am Theater an mit einer Pünktlichkeit, welche nach dem Ausspruche Ludwigs XIV. die Höflichkeit der Könige ist. Auch hier waren Truppen aufgestellt und die Kanonen aus allen Winkeln herbeigeführt, ohne daß ihre Dienste in Anspruch genommen wurden. Kamil Bei, Einführer der Gesandten, Hr. Alton, der Gründer, und die Herren Naum, Direktoren des Theaters, begleiteten den Sultan von seinem Wagen aus, wo sie ihn empfingen, bis in seine Loge, wofin er sich unverzüglich begab. Das Theater war bereits in allen Räumen überfüllt, trotz der enormen Preise, um welche für diese Vorstellung die Plätze vergeben wurden. So waren z. B. die Logen ersten Ranges um 250, die des zweiten um 300 und die des dritten um 250 Pfaster angekauft, alle diese Plätze wurden jedoch um das drei- und vierfache vermietet und außerdem mußten noch hunderte von Personen abgewiesen werden. Ebenso verhielt es sich mit Parterre und Galerie; ersteres stand mit 100, letzteres mit 60 Pfaster per Platz auf den Beitzeln. Allein schon Mittags 2 Uhr war auch hier nicht um 4- und 500 Pfaster mehr ein Platz zu erhalten. Die Logen zweiten Ranges hatte das diplomatische Korps vollständig besetzt, und zwar so, daß zur Rechten der Kaiserl. Loge der französische, zur Linken der russische Gesandte placirt war. Der Saal war tagsüber beleuchtet und mit einer doppelten Guirlandenreihe von Blumen geziert, welche jedoch fast von den strahlenden Damentoilletten in den Hintergrund gedrängt wurden. Die Vorstellung selbst begann gleich nachdem der Sultan nebst seiner Familie und dem Gefolge Platz genommen hatte und wurde mit einer Hymne eröffnet, welche vom Kapellmeister Guatelli eigens für diese Vorstellung komponirt war und von der das Manuscript vom Verfasser dem Sultan in die Loge überbracht wurde. Der erste Akt von „Attila“, der erste vom „Bauer von Preston“, die Xenorarie aus „Trotatore“, die Arie aus „Mama Agatha“, das Brindisi aus „Sucrezia Borgia“, eine Arie aus den „Puritanern“ und zwei aus „Ernanst“ bildeten den übrigen Theil der Vorstellung, die noch außerdem unsere erste Solotänzerin Madam Cuba zu verherrlichen suchte. Der Sultan schien vollkommen befriedigt und befiel während der Vorstellung Herrn Alton in seiner Loge, während er in einem Zwischenakt die Herren Naum mit einem Besuche in einem andern Salon beehrte. Nach der Vorstellung begab sich der Sultan noch außerdem in die Wohnung des Herrn Dadian, des Direktors der Großherzoglichen Pulverfabriken und Magazine und kehrte erst um Mitternacht in sein Palais zurück. Daß diese Vorstellung für die Kaffe der Direktoren sehr ergiebig war, leuchtet wohl von selbst ein, und es ist nur zu loben, daß sich dieselben erklärt haben, den größten Theil der Einnahme den Armen zu Gute kommen zu lassen. (Tr. 3.)

Donaufürstenthümer.

Bukarest, 25. Jan. [Zur Vermählungsfeier; die Europäische Kommission.] Der preussische Bevollmächtigte zur Europäischen Kommission, Freiherr v. Richthofen, hat heute seine Kollegen, den Kaimakam und dessen Minister, so wie alle Beamten der englischen Mission und des englischen und preussischen Generalkonsulats zum Diner bei sich vereinigt, um den Tag der Vermählung des Prinzen Friedrich Wilhelm mit der Prinzessin Royal festlich zu begehen. In Vertretung der bereits im Herbst abgereisten Baronin v. Richthofen machte Lady Bulwer,

die Gemahlin des englischen Bevollmächtigten, die Honneurs. — Ueber den Zeitpunkt, an welchem die Kommission ihre Arbeiten beendet haben dürfte, kann man nur Vermuthungen mittheilen. Der moldauische Divan hat bekanntlich schon vor einiger Zeit seine letzte Sitzung abgehalten; nachdem nunmehr seine letzten Protokolle vor wenigen Tagen der Kommission zugewandt waren, sind gestern beide Divane durch zwei gleichlautende Firmans der Pforte geschlossen worden (s. Nr. 29 Paris). Die Kommission, nunmehr im Besitz der vollständigen Vorlagen, dürfte mit Ausarbeitung ihres Generaltapportes doch wohl eine Reihe von Wochen zubringen, wird daher möglicherweise bis zum Frühjahr hier bleiben, während nach den Korrespondenzen mancher Presborengesandten schon in Paris, die übrigen Bevollmächtigten auf dem Wege dahin sind, eine Nachricht, welche seit Monaten alle zwei bis drei Wochen mit solcher Beständigkeit die Kunde durch alle Zeitungen macht, daß endlich, auch wenn die Abreise bereinst wirklich erfolgt, Niemand daran glauben wird.

A f i e n.

[Die Ereignisse von Cawnpore.] Die „London Gazette“ vom 29. v. Mts. enthält die amtlichen Depeschen über den Entsatz von Cawnpore (s. gestr. Ztg.). Sie werden durch einen Tagesbefehl des Generalgouverneurs Lord Canning vom 24. Dez. eingeleitet, in welchem er die von dem Oberbefehlshaber errungenen Erfolge seit dem durch denselben bewerkstelligten Entsatz von Lucknow aufzählt und ihm, so wie den Offizieren und Mannschaften seines Heeres das gebührende Lob ertheilt. Mit Bezug auf den General Windham wird nur nebenher des Widerstandes erwähnt, den derselbe in den Verhandlungen von Cawnpore geleistet habe. Die erste Depesche ist von Sir Colin Campbell aus dem Lager bei Cawnpore vom 2. Dez. Er erwähnt in derselben zunächst, daß er, den ihm von Lord Canning gegebenen Instruktionen gemäß, dem General Dufour mit einer 4000 Mann starken Division vor Lucknow, d. h. in einer Stellung zurückgelassen habe, welche den Posten von Alumbagh, ein verhältnißloses Lager von 1500 Yards Front hinter diesem Posten und die Brücke von Bunnih in sich schließt. Dann theilt er mit, daß er sich am 27. Nov. mit der Division des Brigadiers Grant und allen Frauen, Kindern, Verwundeten und Kranken, im Ganzen ungefähr 2000 Personen, in Marsch gesetzt und erst nach Mitternacht mit dem langen Zuge in einem Lager jenseits der Brücke von Bunnih angelangt sei. „Als wir in Bunnih anlangten“, fährt er fort, „waren wir überrascht, sehr heftiges Geschützfeuer in der Richtung von Cawnpore zu vernehmen. Ich hatte seit mehreren Tagen keine Berichte aus dem Drie, es schien aber nothwendig, so unlegen das auch sein mochte, den Marsch so schnell wie möglich fortzusetzen. Demzufolge wurde der Marsch am folgenden Morgen um 9 Uhr wieder angetreten und bald darauf erhielt ich zwei oder drei Depeschen, eine nach der andern, von denen die erste meldete, daß Cawnpore angegriffen, die zweite, daß General Windham hart bedrängt, und die dritte, daß er genöthigt worden sei, sich von der Außenseite der Stadt in seine Verhandlungen zurückzuziehen. Das Korps wurde daher rasch weiter gedrängt, einschließlich des Transports, und lagerte et wa 3 Stunden nach Dunkelwerden innerhalb 3 Miles vom Ganges, doch langte die Nachhut mit dem Reste des Zuges erst 24 Stunden später an. Ich eilte der Kolonne zwei oder drei Stunden voraus, und langte bei Dunkelwerden in den Verhandlungen an, wo ich den wahren Zustand der Dinge erfuhr. Der Rückzug war am vorhergehenden Tage mit Verlust eines Theiles der Besatzung bewerkstelligt worden, und bald nach meiner Ankunft wurde mir gemeldet, daß Brigadier Carlhew einen sehr wichtigen Vorposten aufgegeben habe. Das erschien unheilvoll genug, und am folgenden Tage befand sich die Stadt auf allen Punkten im Besitz des Feindes. Es war nun nothwendig geworden, mit äußerster Vorsicht auf Sicherung der Brücke Bedacht zu nehmen. Alle schweren Geschütze der Division Grant unter Kapitän Peel und Kapitän Travers wurden beordert, auf dem linken Ufer des Ganges Stellung zu nehmen, das Feuer zu eröffnen und das Feuer des Feindes auf die Brücke niederzuhalten. Dies wurde mit Erfolg ausgeführt, während die Brigade des Brigadiers Hope nebst einiger Artillerie und Kavallerie beordert wurde, die Brücke zu passiren und in der Nähe der früheren Dragonerkaserne Posto zu fassen. Zugleich wurde ein Kreuzfeuer von der Verhandlung aus zur Deckung des Marsches der Truppen unterhalten. Als die Dunkelheit anfang einzutreten, wurden die Artillerieparcs, die Verwundeten und die Familien beordert, die Brücke zu überschreiten, und erst um 6 Uhr Nachmittags am 30. hatte der letzte Karren die Brücke passiert. Die Passage des Korps nebst seinem Train über den Ganges hatte 30 Stunden weggenommen. Das Lager zieht sich jetzt von der Dragonerkaserne in einem Halbkreise um die von dem verstorbenen General Sir Hugh Wheeler behauptete Stellung; die Verwundeten und Familien sind in der Fußartilleriekaserne untergebracht. Seitdem diese Stellung eingenommen ist, unterhält der Feind ein ab- und zunehmendes Feuer auf die Verhandlung und die Fronte des Lagers, und ich bin genöthigt, die feindliche Besatzung von Cawnpore zu dulden, bis die Absendung meines ganzen Troffes nach Allahabad ins Werk gesetzt ist. So unangenehm dieses ist, und wenn es auch dazu beitragen mag, dem Feinde Zuversicht einzulößen, so ist dies doch einer von den Fällen, wo nichts auf Spiel gesetzt werden darf. Ich halte mich überzeugt, den Feind rasch seine gegenwärtige Stellung aufgeben zu sehen, sobald die Zeit gekommen ist, wo ich mit gehäufiger Rücksicht auf diese Umstände handelnd auftreten kann. Inzwischen hat die Stellung, welche Brigadier Grant's Division unter meinem unmittelbaren Befehle eingenommen hat, wie erwartet, die Verbindung mit Guntipore und Allahabad hergestellt. Demzufolge sind die Detachements, welche sich auf der Straße von diesen beiden Orten bewegen, beordert worden, ihren Marsch fortzusetzen. Die Depesche des Generals Windham, welche sich auf die unter seinem Befehle ausgeführten Operationen bezieht, ist beigefügt. Bei Ueberreichung dieses Dokuments habe ich nur zu bemerken, daß die von ihm im zweiten Absatz ergebene Beschreibung, er habe keine Instruktionen von mir erhalten, sich durch die Thatsache erklärt, daß die von ihm abgesandten Briefe mit der Meldung des Anrückens des Gwalior-Kontingents mir nicht zu Händen gekommen sind. Die erste Notiz, welche ich von seiner Verlegenheit erhielt, war der oben erwähnte entfernte Schall der Kanonade. Alle früheren Berichte hatten erklärt, es sei wenig Aussicht vorhanden, daß sich das Gwalior-Kontingents Cawnpore nähern werde.“

Die zweite Depesche ist aus Cawnpore vom 30. November von General Windham und an den Oberbefehlshaber gerichtet. Er entschuldigt sich im Eingange, daß er nur flüchtig über die Ereignisse vom 26. bis zum 29. November berichten könne, da es ihm an Zeit gebräche. — In der dritten Depesche, welche aus dem Hauptquartier Cawnpore vom 3. Dezember datirt, berichtet der Oberbefehlshaber über seine weiteren Operationen. Spät in der Nacht vom 3. Dezember war der Transport mit den Familien und der Hälfte der Verwundeten weiter beordert und am 4. und 5. die Vorkehrungen wegen der Beförderung des Restes vollendet, auch ein Theil der Truppen aus den Verhandlungen in das Lager



gezogen. Am 5. Vormittags griff der Feind die Vorposten auf der linken Flanke mit Artillerie an und suchte den linken Flügel zu umgehen; auch wurden die am Kanal aufgestellten Vorposten beschossen. Brigadier Grethead, der die dort postirten Truppen befehligte, behauptete sich indeß und der Feind zog sich nach zweifelhafter Kanonade zurück. Es wurden darauf für den folgenden Tag Vorbereitungen zu einem allgemeinen Angriff auf den Feind getroffen. Sein linker Flügel hielt die alle Kanonierung besetzt, sein Centrum befand sich in der Stadt Campore selbst und war durch Barrikaden geschützt, sein rechter Flügel zog sich etwas über den von der großen Straße und dem Kanal gebildeten Winkel hinaus und hatte zwei Meilen hinter sich das Lager des Gwaliorcontingents, welches die Straße nach Calpi, die Rückzugslinie des Feindes, deckt. Es wurde beschossen, den rechten Flügel mit allem Nachdruck anzugreifen, weil nach der Terrainbeschaffenheit dieser Flügel gewonnen werden konnte, ohne daß es möglich gewesen wäre, denselben Unterstützung zu senden, worauf sich alsdann die Möglichkeit darbot, den Rest einzeln zu vernichten. Die Gesamtstärke des Feindes läßt sich nach genauer Erkundigung auf 25,000 Mann mit 36 Geschützen des Gwaliorcontingents angeben, zu denen noch einige Geschütze Nena's kamen. Am 6. Morgens 9 Uhr, erhielt General Windham den Befehl, das Feuer aus den Verschanzungen gegen die alten Kanonierungen zu eröffnen, um den Feind glauben zu machen, daß dieser der Angriff gelte; Brigadier Grethead wurde beordert, die von ihm bisher gehaltene Stellung zu behaupten und der Rest der Truppen, aus einer Kavallerie- und drei Infanteriebrigaden nebst einer starken Artillerie bestehend, wurde in Angriffskolonnen gegen den Feind geordnet. Als das Feuer aus den Verschanzungen abzunehmen begann, erfolgte die Einleitung zum Angriff. Die Kavallerie und reitende Artillerie wurde über den Kanal geschickt, um auf dem linken Ufer desselben den Rücken des Feindes zu bedrohen. Die Infanterie deplahirte parallel mit der Frontlinie des Kanals. Der Feind beantwortete den Angriff mit einem lebhaften Geschützfeuer von seinem rechten Flügel, welcher wiederum von den schweren Geschützen der Matrosenbrigade unter Peel und der königl. Artillerie beschossen wurde. Dann überschritten die Truppen, Peel's Geschütze voran, die Kanalbrücke, formirten sich schnell und trieben den Feind auf allen Punkten zurück, bis sie um 11 Uhr Nachmittags das Lager desselben erreichten und ihn zur schleunigen Flucht auf der Straße nach Calpi drängten. Ohne Zeitverlust wurde die Verfolgung einige Meilen weit mit allen Waffengattungen fortgesetzt und alle Geschütze und Munitionskarren, welche sich in dem angegriffenen Theile der Position befunden hatten, fielen den Verfolgern in die Hände. Während der Oberbefehlshaber den rechten Flügel verfolgte, hatte der Generalstabschef, General Mansfield, auf seinen Befehl eine im Rücken des linken Flügels, bei der sogenannten Subodars Takt befindliche Position angegriffen und besetzt und dadurch, jedoch erst nach dem ein Versuch zur Wiedereroberung der Stellung gemacht worden war, auch den linken Flügel des Feindes zum Weichen gebracht. Am Mitternacht am 6. kehrten die Truppen von der Verfolgung des Feindes zurück und am 8. wurde Brigadier Grant mit einer Infanteriebrigade und einiger Artillerie und Kavallerie abgeandt, um mehrere öffentliche Gebäude in Bithur zu zerstören, welche dem Nena Sahib gehörten, und von dort, wenn er Kunde über den Rückzug des Feindes erhalten, nach der 25 Meilen von Campore entfernten Gangesmündung Serai Ghat vorzubringen. Der Brigadier erreichte den Feind, als er über den Fluß gehen wollte, griff ihn mit Nachdruck an und nahm ihm alle noch übrigen Geschütze, 13 an der Zahl, ab, ohne selbst dabei einen Verlust zu erleiden. Der Depesche des Oberbefehlshabers beigegeben sind die Berichte der Generale Mansfield und Grant über die Details der oben erwähnten, ihnen übertragenen Unternehmungen. Aus der ebenfalls beigegebenen Verlustliste ergibt sich, daß der Gesamtverlust der Engländer während der Operationen des Oberbefehlshabers vom 3. bis zum 7. Dezember verhältnismäßig nicht bedeutend gewesen ist. Er betrug an Todten 2 Offiziere und 11 Unteroffiziere und Soldaten, an Verwundeten 10 Offiziere (General Mansfield ist leicht verwundet, einer der verwundeten Offiziere an seinen Wunden gestorben) und 76 Unteroffiziere und Soldaten.

Der „Bombay-Times“ zufolge hatte General Seaton in den Gefechten vom 14. und 17. Dezember dem Feinde 850 Mann getödtet, und selbst so gut wie gar keine Verluste erlitten. In den letzten 14 Tagen waren zu Bombay und Kuralachi 1500 Mann Verstärkungstruppen angekommen. Die Obersten Wetherall und Grethead waren von Kalkutta abgeschickt worden, um die Präsidentschaft Bombay zu organisiren.

Laut Berichten aus Bombay vom 9. Januar belief sich das Heer, über welches Sir Colin Campbell in Campore zu verfügen hatte, auf ungefähr 6000 Mann kampffähiger Truppen.

[Persiens Stellung zu England.] Laut Nachrichten aus Persien scheint es, schreibt man der „N. P. Z.“ aus Konstantinopel, daß die schiltischen Perser endlich zu zweifeln anfangen, daß es den Indiern gelingen werde, die Ungläubigen (Engländer) in den Ozean zu werfen, wie sie bis jetzt gehofft hatten, und der Schah scheint sich nun dem englischen Gesandten, Herrn Murray, annähern zu wollen. Dieser Diplomat hatte bemerkt, daß einige hochgestellte Leute seit dem Kriege nicht mehr das englische Gesandtschaftshotel besuchten, und ließ dies bei Hofe merken. Als der Schah an einem Freitage wie gewöhnlich den persischen Würdenträgern Audienz gab, die den Souverän in die Moschee begleitet hatten, empfahl er ihnen mit warmen Worten, die Gebräuche der Gastfreundschaft nicht zu vergessen und die Höflichkeitsbeziehungen gegen den englischen Gesandten nicht zu unterlassen. Inzwischen bemerkt ein Korrespondent aus Teheran, daß der Fürst Godeschir Mirza, der als ein Freund der Engländer bekannt ist, vom persischen Hofe entfernt und als Generalgouverneur von Tabriz an die Stelle des Feruz Mirza geschickt wurde. Letzterer ist bereits in Teheran angelangt, und wird als ein großer Freund der Russen angesehen. Bekanntlich hat Herr Murray einige Erklärungen über die Proklamation des Kindes Emir Nizam zum Thronfolger von der Regierung gefordert. Nun erfährt man hier, daß der erste Minister, Mirza Agha Khan, darauf geantwortet habe, daß diese Proklamation einer jener freiwilligen Akte sei, die einzig und allein vom Willen des Schah abhängen, welcher dem landesverwiesenen Nais Sultan kein eventuelles Recht zur Thronfolge zuerkennt. Der englische Diplomat soll geantwortet haben, daß er weitere Instruktionen bei seiner Regierung verlangen werde.

**Australien.**

[Goldausbeute; Parlament; Eisenbahnen etc.] Es sind Nachrichten aus Melbourne vom 15. Dez. und aus Sydney vom 11. Dez. eingetroffen. Am 17. Nov. war die „Australia“ mit 18,593 Unzen Gold, am 21. Nov. die „Breeze“ mit 73,900 Unzen, am 28. Nov. der „Blackwall“ mit 68,080 Unzen nach London und am 1. Dez. der „Donald MacKay“ mit 23,219 Unzen nach Liverpool abgegangen. Während des verfloffenen Jahres waren 2,582,793 Unzen aus der Kolonie verschifft worden. — Die zweite Session des Parlaments von Victoria war am 3. Dez. eröffnet worden. — Zwei Eisenbahnen, eine von Melbourne nach dem Murray, die andere von Geelong nach Balla-

rat, wurden projektirt. — Eine Anzahl preussischer Bergleute machte eine Tour durch die Bergwerksdistrikte.

**Amerika.**

New York, 20. Jan. [Senat und Repräsentantenhaus; Beschlagnahme; Indianer-Meeting; spanisches Geschwader.] Im Senate zu Washington ward gestern eine Resolution angenommen, welche den Präsidenten auffordert, die etwa in seinem Besitze befindlichen Papiere in Bezug auf das Wiederaufleben des Sklavenhandels an der afrikanischen Küste vorzulegen. — Der Vorsitzende des Sonderausschusses, welcher sich mit der projektirten Eisenbahn nach dem Stillen Meere zu befassen hatte, hat eine Bill eingebracht, welche vorschlägt, die Bahn vom Missouri zwischen den Flüssen Big Sioux und Kansas nach San Francisco zu führen. — Vorgestern hat im Repräsentantenhause Herr Campbell um Erlaubniß, eine Resolution einzubringen, welche den Präsidenten ermächtigt, durch Vermittlung des Ministeriums des Auswärtigen Unterhandlungen im Hinblick auf die Erwerbung von Kanada, Neu-Schottland, anderen Theilen des britische Nordamerika, Cuba und den in der Nähe liegenden Inseln anzuknüpfen. Der Antrag fand keinen Beifall. Die hiesigen Blätter machen sich über denselben lustig und fragen, weshalb Campbell nicht gleich verlangt habe, das ganze amerikanische Festland der Union einzuverleiben. — Der Dampfer „Falsion“, welcher Walker nach Nicaragua gebracht hatte, ist in New Orleans angekommen und von den Behörden mit Beschlag belegt worden. — Der „St. Louis Republikan“ enthält Mittheilungen über ein Meeting, welches am 23. Dezember von 6-700 Chippewee- und Comanche-Indianern abgehalten wurde, die vom großen Salzsee nach ihrem Torsse an den schwarzen Ballnspüßeln, etwa 80 Meilen südlich vom Fort Laramie, zurückgekehrt waren. Sie waren von ungefähr 20 Mormonen begleitet. Sie hatten die Absicht, in einem dort errichteten Lager bis zum Frühjahr zu bleiben und dann, von Mormonen unterstützt, die dem Obersten Johnson zugefandten Proviandkonvois abzuschneiden. Die Indianer halten eine ungeheure Vorstellung von der Macht der Mormonen, und nach ihrer Aussage hatten Letztere durchaus nicht die Absicht, aus Utah zu flüchten. — Ein Theil der spanischen Flotte, aus 1 Linienschiff, 2 Fregatten, 1 Schaluppe und 1 Brigg bestehend, ist am 12. d. M. von der Havannah absegelt zu einer Kreuzfahrt im Golf von Mexiko. Man vermuthet vielfach, daß das Geschwader den Zweck habe, den Mexikanern in Vera-Cruz einen Besuch abzustatten.

Washington, 8. Januar. [Die Verhandlungen über General Walker und Kommodore Paulding] sind in hohem Grade interessant, weil sie über die völkerrrechtlichen Ansichten der Senatoren und Repräsentanten ein belehrendes Licht werfen. In der Sitzung des „Houses“ vom 6. d. bemerkte Hr. Gaskins, der sich Paulding's gegen Walker annahm, daß er die individuelle Glibusterei verdamme, aber selbst ein nationaler Glibustier sei. Er hänge der Monroe-Doktrin an und sei für Ausführung derselben im Ostende-Manifest ausgesprochenen Grundfälle. Herr Keitt fragte, ob der Vorkredner für einen Verbruch durch das ganze Volk statt durch Individuen sei. Herr Gaskins erwidert, daß er dafür stimmen würde, wenn die Nation die Neutralitätsgesetze suspendiren und die Verantwortlichkeit für die Besitznahme Cuba's übernehmen wollte. Die National-Demokratie sei von dem Glauben belebt, ein Recht auf diese Insel zu haben; sie erkenne ihr natürliches Anrecht daran und erwarte von der Regierung Schritte in dieser Richtung; Walker's Geschäft sei ein kleinlicher Diebstahl; er (Gaskins) sei für einen großen nationalen Raub und bekennt sich für einen Karlistens-Demokrat. In der geistigen Senatsitzung schied der Präsident seine Botschaft über die Central-amerikanischen Ereignisse ein. Er spricht darin aus, der Kommodore habe zwar durch die Verhaftung Walker's einen großen Fehler begangen, allein es sei einleuchtend, daß er durch patriotische Beweggründe geleitet und von der Absicht befehl gewesen, das Interesse des Landes zu fördern und die Ehre desselben zu retten. Für Nicaragua sei aus dieser Handlung kein Schaden, im Gegentheil nur Vortheil erwachsen. Die dortige Regierung allein würde das Recht haben, Beschwerde zu erheben, es sei aber für ziemlich sicher anzunehmen, daß sie dieses Recht nicht ausüben werde. Auch hier entspann sich eine lebhafte Debatte. (Hr. Seward findet des Präsidenten Argumente und die Verteidigung Paulding's ganz richtig.) Wenn es kein Unrecht ist, in Nicaragua einzufallen, bewirkt er, dann darf man auch Brasilien und andere südamerikanische Staaten mit Krieg überziehen. Mit welchem Rechte können wir die Indianerstämme für ihre Einfälle in unser Gebiet und ausgeübte Gewaltthaten züchtigen, wenn wir unseren eigenen Bürgern ein Gleiches gestatten? In einer sich zwischen Seward und Davis entspannenden Debatte über dieses Prinzip behauptet Letzterer, daß es das heilige Recht eines amerikanischen Bürgers sei, Waffen zu tragen und sein Vaterland zu jeder Stunde zu verlassen, um in den Kampf für Unterdrückte zu ziehen. Hr. Brown sagte: Der Redner sagt, er habe das Recht, mit der Muskete auf der Schulter vor den Präsidenten oder den Kriegsführer zu treten und zu sagen, er wolle in den Krieg gegen Nicaragua oder sonst ein Land ziehen, während dieselben nicht das Recht hätten, ihn daran zu hindern. Und wenn Einer das Recht hat, dann haben es auch zwei oder fünf hundert. Schließlich wurde die Botschaft dem Komite für äußere Angelegenheiten überwiesen. — Im Repräsentantenhause wurde die gestrige Debatte, jedoch ohne zum Abschluß zu gelangen, fortgesetzt. Unter Anderem sprach sich Hr. Thayer von Massachusetts dahin aus, daß die Union allerdings dahin streben soll und wird, Centralamerika zu amerikanisiren, allein dies müsse im Einklange mit der nationalen Ehre, ohne Verletzung bestehender Verträge, geschehen. Er drückt sein Bedauern darüber aus, daß Mr. Gaskins sich gestern für einen „großen nationalen Raub“ ausgesprochen habe. Großes Unrecht sei eben so verwerflich wie kleines. Das einzige zweckmäßige Mittel, jene Länder zu amerikanisiren, bestehe in der Organisirung der Einwanderung. Dies sollte innerhalb der drei nächsten Jahre geschehen, wenn Neutralitätsgesetze oder Exekutivgewalt bis dahin nicht interveniren. Unsere Neutralitätsgesetze sollten so klar ausgelegt werden, daß über ein fragliches Recht oder Unrecht kein Zweifel mehr bestände. Der Süden könne in Folge seiner dünnen Bevölkerung wenig zur Kolonisation Centralamerikas beitragen. Der Norden aber habe durch seine Bevölkerungszahl diesen Beruf. Jemand ein Ausweg für die sich mehrende Nachkommenschaft der Pilgrime müsse gefunden werden.

**Lothales und Provinzielles.**

a Posen, 4. Febr. [Das Freiwilligenfest.] Auch in diesem Jahre hatte sich am 3. Februar ein kleiner Kreis des hiesigen Vereins der Freiwilligen aus den Jahren 1813, 14 und 15 in Pusch's Hotel de Rome zusammengesunden, um mit einigen von einzelnen Mitgliedern eingeladenen Gästen das Andenken an jene Zeit zu feiern. Kamerad v. Massenbach theilte einleitend zuerst mit, daß der Verein in dem verfloffenen Jahre den Tod zweier Kameraden, des Oberamtmanns Werner und des Postkonduktors Salewski, zu beklagen habe, und empfahl dieselben dem freundlichen Andenken der Kameraden. Er verlas sodann Sr. Maj. des hochseligen Königs Aufsat „an sein Volk“ vom 17. März 1813 und knüpfte daran einige Worte, in denen er die Eintracht zwischen Fürst und Volk hervorhob, die in jener Zeit so Großes vollbrachte, auch später Preußen vor innerem Zerwürfniß bewahrte, imgleichen nach Außen eine Stellung behaupten ließ, die ihm inmitten des zwischen Osten und Westen entbrannten Krieges den Frieden sicherte, und zu der zuversichtlichsten Hoffnung berechtigt, daß Preußen in dieser Eintracht auch ferner groß und glücklich sein werde. Während der Festtafel brachte Sr. Erz. der kommandirende General Graf v. Waldsee den ersten Toast auf das Wohl Sr. Maj. des Königs mit den innigsten Wünschen für die vollständige Genesung Höchstselben aus, in den die Versammlung mit begeistertem Hoch einstimmte. Hieran reiste der Oberpräsident v. Puttkammer einen mit allgemeiner Akklamation aufge-

nommenen Toast auf das Wohl des k. Hauses, insonderheit gedenkend der hohen Neuermählten, die vielleicht eben jetzt auf hoher See sich unserm Vaterlande näherten. In dem darauf folgenden Toaste auf das Wohl des Vaterlandes schilderte Kamerad K Lebs die Zustände desselben vor 1813 und den Uebergang zu seiner demnächstigen Wiedergeburt in folgender ausführlichen Rede:

„Es giebt in dem Leben des einzelnen Menschen Momente, welche, je nachdem sie erfaßt werden, über seine ganze Zukunft entscheiden. Nicht anders auch im Leben der Völker und Staaten, die ja gewissermaßen Spiegelbilder der Individuen sind. Auch unser Vaterland hat solcher Wendepunkte, gleichsam der Weltertheiden an seinem Horizonte, schon manche erlebt; keinen aber von der tiefen Bedeutung und umfassenden Nachwirkung, wie in jener Epoche, deren Gedächtniß wir am heutigen Tage feiern. Ich meine aber damit nicht ausschließlich die Befreiungskämpfe selber, sondern auch das, was ihnen vorherging und mit ihnen im innigsten Zusammenhange steht. Versetzen wir uns auf einen Augenblick in jene Zeit unmittelbar nach der unglücklichen Katastrophe von 1807, wo unser Preußen seiner früheren Glorie entkleidet, von seiner Höhe gestürzt, durch einen übermüthigen Feind ausgezogen und zu einer armfeligen Schattenerexistenz herabgedrückt war, welche über kurz oder lang mit seiner völligen Auflösung endigen zu müssen schien. Denken wir uns den bis zur Hälfte verkleinerten Staat, aller Hülfquellen beraubt, durch den Krieg und dessen nächste Folgen bis zum Tode erschöpft, aus seinem natürlichen Zusammenhange mit Deutschland gewaltsam gerissen, ja zum Theil feindlich zu demselben gestellt, von seinen Aeltern verlassen, alleinstehend einem ebenso kühnen als glücklichen Eroberer gegenüber, dem damals die halbe Welt zu Füßen lag, der Kronen und Länder wie Nüsse verschenkte; stellen wir uns dies Alles vor und fragen uns, ob in solcher Lage noch ein Schimmer von Hoffnung übrig blieb auf eine bessere Zukunft oder gar auf Herstellung der früheren Größe? Was wäre also natürlicher gewesen, als eine dumpfe ohnmächtige Resignation, die Alles auf das Schlimmste über sich ergehen läßt, weil sie nichts ändern zu können glaubt und mit diesem Glauben allmählig auch die Kraft dazu einbüßt. Aber so kam es nicht. Im Rathe der Vorsehung war es beschlossen, daß Preußen, daß des großen Friedrich's Schöpfung nicht untergehen sollte. Kaum war die erste Beißung von dem jähen plötzlichen Sturzgewich, so tauchte auch schon der Gedanke auf an eine bessere Zukunft, ja nicht bloß der Gedanke, nein die Hoffnung, der Glaube daran, Anfangs freilich nur in einzelnen edeln und großen Geistern, dann aber von da durch Rede, Schrift, Beispiel, That sich weiter verbreitend in alle Schichten des Volks. Doch dabei blieb man nicht stehen. Man fragte sich vor Allem: wie ist dieses Unglück über uns gekommen; wer hat es verschuldet, welches sind die Mängel und Gebrechen unserer staatlichen und sozialischen Verhältnisse, wie sind sie zu heilen? Von der Selbsterkenntniß schritt man rüstig zur That. Man begnügte sich nicht damit, die noch blutenden Wunden zu bedecken und oberflächlich vernarben zu lassen. Nein, unermüdet aber heilkräftig schnitt man mit dem Messer der Reform die faulen Stellen aus dem Staatskörper aus, man ließ fallen die morsch gewordenen Stützen des Staatsgebäudes und baute neue dauerhaftere Grundlagen an ihrer Stelle auf. Kurz es begann, Angesichts des Feindes, jene stille, geräuschlose aber mächtige Arbeit des Geistes, jene Wiedergeburt des Staats, jene innere Erhebung des Volks, die der äußeren von 1813 voranging, ihr höhere Kraft und Berechtigung verlieh. So traf denn der Ruf eines hochherzigen Königs an sein Volk einen bereits vorbereiteten Boden und seine Stimme ein lautenfähiges Echo in aller Herzen. Sie werden, verehrte Kameraden und Gäste, nicht von mir verlangen, daß ich Ihnen auch nur in Skizzen ein Gemälde vorführen soll, von den großen und tief eingreifenden Reformen, welche in der Periode von 1807-13 in allen Zweigen des Staatslebens theils vorbereitet, theils ausgeführt wurden. Wir haben ja zum größern Theile jene Zeit mit erlebt, und sind unter ihren Einwirkungen alt geworden. Nur das Eine lassen Sie mich noch sagen. Die Geschichte seit den ältesten Zeiten erzählt uns manche Beispiele von kleinen Völkern, die für Herd und Freiheit gegen mächtige Staaten mit Erfolg gekämpft haben. Aber die ganze Geschichte kennt kein ähnliches Beispiel, wo ein Volk diesen Kampf gegen seine Unterdrücker mit der Wafsen des Geistes begonnen, kein Beispiel, wo ein Volk mit solcher Selbsterleugnung und Ausdauer sich selbst und seine inneren Zustände zu bessern gesucht hat, damit es besser mit seiner äußeren Existenz werde, in ruhigem festen Gottvertrauen auf den Zeitpunkt wartend, wo es ihm vergönnt sein werde, unter der Führung seines edlen mit ihm zu Tod und Leben verbundenen Herrschers die Fahne der Befreiung zu entfalten. Dies war groß, größer noch als die Waffenthaten des Kampfes selbst. Darin steht Preußen einzig in der Geschichte da. Wir wollen nicht fürchten, daß solche kritische Zeiten je wieder eintreten. Wer aber kann im Buche des Schicksals lesen? Geschieht es dennoch, nun so möge der Genius unseres theuren Vaterlandes, wie ein Engel mit dem Flammeenschwert, an seinen Pforten wachen, und die schlimmsten Feinde seiner Wohlfahrt, die Selbstsucht, den Uebermuth und die Muthlosigkeit, Zwittertracht und Untreue abwehren und denselben Geist wieder heraufbeschwören, der damals solche Wunder bewirkt hat. Mit solchem Wunsche lasen Sie uns, verehrte Kameraden und Gäste, diesen Becher weihen dem Vaterlande und seiner Zukunft und aus vollem Herzen ein Hoch dafür ausbringen!

In dem Toaste auf das Wohl des stehenden Heeres und seiner Führer erinnerte Kamerad v. Massenbach die Freiwilligen, was sie zur Zeit ihrer Theilnahme an den Befreiungskriegen wohl hätten leisten können, wenn sie recht tüchtige Gretermeister aus dem stehenden Heere gehabt hätten, wenn nicht erfahrene Offiziere aus dem stehenden Heere sie geführt hätten, wenn nicht die Linie selbst ihnen ein Vorbild gewesen wäre in der Ausdauer, in der Tapferkeit und im Siege. Er forderte daher die Kameraden auf, die Pflicht der Dankbarkeit zu erfüllen, und dem vaterländischen Heere und seinen würdigen Führern, vor Allem aber dem obersten Führer und Feldherrn desselben, für dessen vollständige Wiederherstellung wir Gottes Segen erleben, ein dreimaliges Hoch zu bringen, was von den Festgenossen mit warmer Begeisterung geschah.

Kamerad Ledeur versetzte die Versammlung in die heiterste Stimmung, indem er den Toast auf die Frauen jener Zeit in folgenden Worten ausbrachte: „Kameraden! Je öfter wir den heutigen Festtag erleben, bei dessen jedesmaliger Rückkehr wir aus dem Aschenkegel unserer vulkanischen Jugend die Funken ausschüren, die uns neu erwärmen mögen, desto mehr werden wir gewahr, daß besonders einer dieser Funken dem Erlöschen rasch entgegen geht: ich meine den der eifrigeren Frauenvereinerung. Nur Wenige unter uns haben sich (um mit dem Dichter zu reden) „nach langem Ermatten und spätem Erwachen“ jene uniformgerechte, so bezaubernde, militärische Haltung bewahrt, die dem jungen Krieger die Frauenherzen öffnet und allenfalls auch den Greis den Damen huldigend nahbar macht. Wohl funkelt so Manchem in diesem Bivouac das Auge noch, einer holden Frau gegenüber; aber ach, so glänzen auch die Fensterleihen der Ruine vor dem Sonnenstrahl, doch „leergebrannt“ ist die Stätte, und des Himmels (kalte) Wolken schauen hoch hinein.“



Deshalb übernehme ich nur auf Befehl, nicht freiwillig, diesen Posten für den unser Chef im Detachement wohl einen Andern hätte finden können...

Nachdem Kamerad Ordelin in ansprechenden Worten den gebliebenen Kampfgenossen eine stille Libation gebracht, Kamerad Zobel der Armen durch eine Sammlung milber Liebesgaben gedacht hatte...

Wald ausrottungen; Buchergesetze und Kreditinstitut; Vertretung. Bei den sich immer steigenden Klagen über zunehmenden Holzangel...

Rawicz, 4. Febr. [Kirchenjubiläum; Feierlichkeiten; Schulwesen; Selbstmörder; Schwiegerling.] Künftigen Sonntag sind es 50 Jahre, daß die hiesige evang. Kirche eingeweiht wurde...

Senior Jakobi eingeweiht. Beiläufig erwähnen wir, daß die Orgel erst am 18. Septbr. desselben Jahres ihrer Bestimmung übergeben...

Der 25. Januar hat auch hier die aufrichtigste und innigste Theilnahme gefunden. In der evang. Kirche wurde beim Frühgottesdienste in Predigt und Gebet auf den festlichen Tag hingewiesen...

Wollstein, 4. Febr. [Preise; Verschiedenes.] Bei dem günstigen Stande der Saaten drücken sich die Preise sämtlicher Cerealien immer mehr...

Kwieciejzwo, 3. Febr. [Unglücksfall.] Am 25. v. Mts. Morgens, wurde hier in einer Kartoffelkaule der hiesige Arbeitsmann Zdrankowski todt gefunden...

Trzemieszno, 3. Febr. [Verhaftungen.] Der Mörder des bei Gembie erschossenen Bürgers Kazmiercki ist am 28. v. M. an das hiesige Gericht eingeliefert...

Rehposten und Pulver. Er soll bei seiner Verhaftung nur bedauert haben, daß das Pistol zufällig nicht geladen gewesen, sonst würde er dem Gendarmen über eine Kugel in den Kopf gejagt haben...

Telegraphische Depesche.

So eben im Begriff, unser Blatt in die Presse zu geben, geht uns noch folgende Londoner Depesche zu:

London, Freitag, 5. Februar. In der Donnerstags-Nachtsitzung des Unterhauses kündigte Lord Palmerston für den nächsten Montag die Einbringung einer Bill zur Verbesserung der bestehenden Gesetze in Betreff der Verschwörung zu Attentaten, Mord u. an...

Aufgegeben in Berlin: 5. Februar 9 U. 52 M. Vormittags. Ankunft in Posen: 5. Februar 1 U. 16 M. Nachmittags.

Angekommene Fremde.

Vom 5. Februar.

- SCHWARZER ADLER. Gutsp. Schulgewest aus Ranowo; Inspektor Schulz aus Strzaskowo und Gutsp. Wagnowicki aus Seblin. MYLIUS HOTEL DE DRESDE. Die Gutsbes. Graf Wninski aus Samostrzel, Kennemann aus Klenta und Guichard aus Gulgewo...

Insertate und Börsen-Nachrichten.

Oberschlesische Eisenbahn.

In Gemäßheit des §. 35 des Betriebsreglements vom 18. Juli 1853 resp. 10. September 1856 sollen die in den Wagen oder im örtlichen Bezirk der unter unserer Verwaltung stehenden Eisenbahnen zurückgelassenen und von den Eigenthümern innerhalb der vorgeschriebenen dreimonatlichen Frist nicht reklamirten Gegenstände in termino...

Notwendiger Verkauf. Kreisgericht zu Schroda. Erste Abtheilung. Das dem Ackerwirth und Schulzen Wilhelm Lehmann gehörige, in Biskupice sub Nr. 4 belegene Grundstück, abgeschätzt auf 8370 Thlr., zufolge der, nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzusehenden Taxe, soll ohne das etwa 49 Morgen große Schulzenland...

Das königliche Kreisgericht zu Posen. Abtheilung für Civilsachen. Posen, den 27. October 1857. In dem Hypothekensuche des zu Głowno, Posener Kreises, belegenen, dem Wäghlenbesitzer Johann Eitke gehörigen Wäghlengrundstücks Karlsbrunn Nr. 25 steht Kur. III. Nr. 5 eine Post von zusammen 527 Thlr. 8 Sgr. 3 Pf. auf Grund des Erbvertrages vom 11./24. October 1845 und auf Grund des vom königlichen Land- und Stadtgericht zu Posen unterm 24. October 1845 ausgefertigten Schulddokuments für die 7 Geschwister Fialkowski, als: Theophila Rosalie Michaline, Rosalie, Michaline, Marcell Joseph, Theophil, Marianna Emilie, Stanislaus Peter, eingetragen und ist das darüber ausgefertigte Schulddokument angeblich verloren gegangen...

Verfahren ist zur Verhandlung und Beschlußfassung über einen Aktord Termin auf den 15. Februar d. J. Vormittags 11 Uhr in unserem Gerichtsklokal im Terminszimmer vor dem unterzeichneten Kommissarius anberaumt worden. Die Theilnehmenden werden hiervon mit dem Bemerkten in Kenntniß gesetzt, daß alle festgestellten oder vorläufig zugelassenen Forderungen der Konkursgläubiger, soweit für dieselben weder ein Vorrecht, noch ein Hypothekrecht, Pfandrecht oder anderes Absonderungsrecht in Anspruch genommen wird, zur Theilnahme an der Beschlußfassung über den Aktord berechneten. Lobfen, den 30. Januar 1858. Königliches Kreisgericht. Der Kommissar des Konkurses v. Heyden, Kreisrichter.

Im Auftrage des hiesigen Gerichts werde ich am Montag den 8. Februar d. J. um 10 Uhr früh zwei Kuschwagen, eine Ziege, einen Ziegenbock und Möbel auf dem Dominikanerplatze hieselbst gegen gleich baare Zahlung öffentlich verkaufen, wozu ich Kaufslustige einlade. Kosten, am 4. Februar 1858. Jew a s i n s k i, Justizaktuar.

Das Grundstück Friedrichstraße Nr. 28 zu Posen, welches eine Front von 440 Fuß hat, ist aus freier Hand für 30,000 Thlr. mit einer verhältnißmäßig geringen Anzahlung zu verkaufen. Dasselbe eignet sich zum: 1) Bau einer Kirche, 2) zur Anlegung von Fabriken aller Art, 3) zu einem großen Expeditionsgefäße, 4) zu einem Gasthause, 5) zur Anlegung von Badestellen.

ganz vorzüglich. Es ist im frequentesten Theile der Stadt gelegen und es befinden sich gegenwärtig darauf 3 Wohnhäuser nebst Stallungen, 1 Tanzsaal, 1 Regelfabrik, 1 Badehaus, fließendes Wasser von 180 Fuß Länge, 2 Morgen Obst- und Gemüsegärten, außerdem enthält es noch 4 Baustellen, auf welchen Gebäude von je 60 Fuß Front errichtet werden können. Bauunternehmer und Kapitalisten, welche das Grundstück parzelliren wollen, würden ihre Rechnung finden. Nähere Auskunft beim Eigenthümer daselbst.

Güter in allen Größen nehme ich zur Vermittelung des Verkaufs in Auftrag und bitte Selbstverkäufer um spezielle Beschreibungen ihrer Güter und werde ich wie seit Jahren den geehrten Aufträgen reell und bald genügen. N. Wegel, Amtmann und Güteragent in Fülehue.

Glocken, Dochte und Cylinder zu allen Arten Lampen empfiehlt E. Klug, Friedrichstr. 33. Lampen-Reparaturen werden gut und bald ausgeführt.



Alle Sorten Wein- und Bierflaschen sind stets vorrätzig zu bekannt billigen Preisen in der Porzellan- und Glashandlung bei Meyer Gutmacher, Bronkerstr. 25.



